Der Einheit der Marxisten-Leninisten keine neuen Hindernisse in den Weg legen! S. 10

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 45 vom 8. November 1975 | 9. Jahrgang | 50 Pfennig

Pressekonzentration schreitet voran

Pressefreiheit - Freiheit einer Handvoll Reicher

In den letzten Wochen waren die Zeitungen wieder einmal voll von Berichten und Kommentaren, in denen vor den Gefahren der Pressekonzentration gewarnt wurde. Der Anlaß dafür war, daß die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" (WAZ) mit der „Neuen Rhein/Ruhr-Zeitung" (NRZ) einen Kooperationsvertrag abgeschlossen hat, d. h., die WAZ hat die NRZ geschluckt. Damit ist im Ruhrgebiet ein riesiger Pressetrust entstanden. Mit einer Auflage von über einer Million Exemplaren am Tag beherrscht die WAZ von Siegen bis Kleve den Zeitungsmarkt. Eine Handvoll solcher Trusts kontrolliert fast die gesamte Presse.

Pressefreiheit? Der bekannte Journalist Paul Sethe schrieb vor einigen Jahren: „Im Grundgesetz stehen wunderschöne Bestimmungen über die Freiheit der Presse. Wie so häufig ist die Verfassungswirklichkeit ganz anders als die geschriebene Verfassung. Pressefreiheit ist die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten . . . Frei ist, wer reich ist." Paul Sethe ist kein Kommunist, im Gegenteil, er hat Zeit seines Lebens gegen den Kommunismus gekämpft. Als er dies schrieb, war er gerade bei Springers „Welt" herausgeschmissen worden. In seiner Verärgerung über diesen Rausschmiß hat er die Wirklichkeit hinter dem schönen Wort „Pressefreiheit" enthüllt. **Ein Journalist, der nicht so schreibt, wie es sein Verleger bzw. der Geldgeber der Zeitung haben will, wird gemaßregelt oder entlassen.** Journalisten haben Zugang zu allen möglichen Informationen, es wäre für die meisten ein leichtes, den Sumpf in den Parlamenten, den Verwaltungen usw. ans Licht zu ziehen. Selbstverständlich hört man davon im allgemeinen nichts. Fast nirgendwo sonst ist die Käuflichkeit, die Korruption in dieser oder jener Form, die journalistische Prostitution, so weit verbreitet, wie gerade in der bürgerlichen Presse.

„Die Bourgeoisie", schrieb Lenin, „verstand unter Pressefreiheit die Freiheit für die Reichen, Zeitungen herauszugeben, die Inbesitznahme der Presse durch die Kapitalisten, die faktisch überall, in allen Ländern, auch in den freiesten, zur Käuflichkeit der Presse geführt hat."

Die Pressefreiheit, so heißt es, ist im Grundgesetz garantiert. Es stimmt, im Artikel 5, Absatz 1 heißt es da z. B.: *„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit (ist) gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt."* Im selben Grundgesetz heißt es aber einige Artikel weiter, was hier unter „jeder" zu verstehen ist: Artikel 18: *„Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit zum Kampf gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt dieses Grundrecht."* **Die Pressefreiheit gibt es nur für die Kapitalistenklasse und ihre Lakaien, gibt es nur für die, die die kapitalistische Ausbeuterordnung verteidigen.** Natürlich ist der Artikel 18 ein schweres Geschütz und vorläufig begnügt sich die Bourgeoisie bei der Unterdrückung der revolutionären Presse mit dem Strafgesetzbuch. Es gibt eine ganze Reihe von Paragraphen, wie z. B. den 185 (Beleidigung), den 90 a (Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole), den 89 (Zersetzung der Bundeswehr oder anderer Sicherheitsorgane), den 130 (Völkerverhetzung), mit denen die Bourgeoisie die verantwortlichen Redakteure und Verleger vor Gericht zerrt. Der ROTE MORGEN ist die meistverbotene Zeitung in der Bundesrepublik, gegen ihn laufen Dutzende von Verfahren. Die Bourgeoisie weiß ganz genau, wer ihr Feind ist. **Während sie mit allen Mitteln die Verbreitung der revolutionären, der marxistisch-leninistischen Presse zu unterdrücken und zu behindern versucht, erscheint täglich, ungehindert von Gerichten und Staatsanwälten, das Zentralorgan der modernen Revisionisten der D„K"P, um die Arbeiterklasse mit dem Geist der Klassenversöhnung und des Pazifismus zu betäuben.** Die schönen Worte des Artikels 5 des Grundgesetzes sind nur die Tünche, hinter der die Diktatur der Bourgeoisie versteckt werden soll.



Ostern 1968. Tausende stürmen aufgebracht die Springer Verlagshäuser.

Schon Lenin schrieb in seinem Buch „Staat und Revolution": *„Demokratie für eine verschwindende Minderheit, Demokratie für die Reichen – so sieht der Demokratismus der kapitalistischen Gesellschaft aus. Sieht man sich den Mechanismus der kapitalistischen Demokratie genauer an, so findet man überall sowohl in den ‚geringfügigen', angeblich geringfügigen Einzelheiten des Wahlrechts (. . .) als auch in der Technik der Vertre-*

Fortsetzung auf Seite 2

Bonn lehnt Reparationsforderung ab

Die Forderungen Albaniens sind gerecht

Im Juli dieses Jahres bekräftigte die Regierung der Volksrepublik Albanien erneut ihre gerechte Forderung auf Kriegsschadensersatz in einer offiziellen Note an die westdeutsche Regierung. Für die großen Opfer und Verluste, die das albanische Volk durch den Hitlerfaschismus hat erleiden müssen, fordert die Regierung der Volksrepublik Albanien seit jeher zwei Milliarden Dollar nebst Zinsen zum Dollarwert von 1938. In einem Antwortschreiben hat die Bundesregierung in geradezu unverfrorener Weise diese gerechte Forderung abgewiesen. „Eventuelle Reparationen", heißt es darin, seien einem „künftigen Friedensvertrag vorbehalten".

Kein Wort verlieren die westdeutschen Imperialisten darüber, daß die Forderung nach Kriegsschadensersatz gerecht ist. 28 000 Albaner des Zwei-Millionen-Volkes fielen im heroischen Kampf gegen die Hitler-Aggression. Die Hitlerfaschisten, die im Kampf gegen die Partisanen Niederlage um Niederlage einstecken mußten, betrieben damals die „Politik der verbrannten Erde" in Albanien und zerstörten an die hunderttausend Gebäude, schlachteten 800 000 Stück Vieh ab. Aber die Bundesregierung spricht von „eventuellen" Reparationen. Es heißt nichts anderes, als daß die westdeutschen Imperialisten nach wie vor zu diesen Verbrechen stehen und eine Politik des Revanchismus betreiben.

Fortsetzung auf Seite 9

Kampf den Fahrpreiserhöhungen!



In mehreren Städten NRW's sollen die Fahrpreise erhöht werden. In Dortmund fand eine Demonstration statt, an der sich auch die Partei und die ROTE GARDE beteiligten.

Im Prozeß gegen Hanfried Brenner

Staatsanwalt fordert ein Jahr Gefängnis

Am vorletzten Verhandlungstag im Prozeß gegen Genossen Hanfried Brenner wurde eine Bildmappe aus den Todesermittlungsakten vorgelegt, die den Arbeitsgerichtssaal nach dem Polizeiüberfall zeigt. Genosse Hanfried verlangte, daß auch die Zuschauer Einsicht in die Photos bekommen. Als einige Zuschauer daraufhin nach vorn gehen, um die Photos zu betrachten, klappt Richter Bender die Mappe hastig zu: „Die Photos sind nicht geeignet für Zuschauer."

Genosse Hanfried zeigt dann, warum niemand anders als Polizisten, Staatsanwälte und Richter die Photos sehen sollen: Die Bilder zeigen den von der Polizei verwüsteten Arbeitsgerichtssaal. Das erkennungsdienstliche Photo von Günter, Stunden nach dem Überfall der Polizei im Polizeipräsidium aufgenommen, zeigt einen total zerschundenen Menschen . . .

Die Zuschauer sehen diese Bilder noch vor sich, als der Staatsanwalt in seinem Plädoyer behauptet, es sei eine Lüge, daß die Polizei Zuschauer und Beteiligte am Arbeitsgerichtsprozeß gegen Hanfried Brenner heimtückisch überfallen habe. Denn: „Wenn das wirklich die Intention der Polizei gewesen wäre, dann hätte es anders ausgesehen!

Fortsetzung auf Seite 7

AUS DEM INHALT

Schmidt in China 2
Rote Fahne/Polen: Menschenhandel der Gierek-Clique 2
Frauenkonferenz/Ostberlin 3
Kurzarbeit im Bergbau 4
DGB-Bonzen drohen mit Polizeiaufgebot 4
Siemens-Arbeiterinnen für BV in ihrem Interesse 5
Gewerkschaftsbeiträge eingeklagt . . 5
Bremer Wahl/Antwort an die GRF . . 6
Rote Garde München kämpft für Saschas Einbürgerung 6
Prozeß gegen Martin Peleikis 7
Treffen der KPSp/ML und der KPD/ML 8
Wem nützen die Kämpfe im Libanon? . 8
Der Lange Marsch 9
Uruguay / Revolutionäre KP kämpft für patriotische Front 11
Osttimor/Kampf für Unabhängigkeit . 11

Zu Staatsbesuch in der VR China

Herzlicher Empfang für Bundeskanzler Schmidt

Bei seiner Ankunft auf dem Flughafen bei Peking wurde Bundeskanzler Sehmidt mit seiner Delegation ein herzlicher Empfang durch die Volksrepublik China bereitet.

Die Freundschaft des chinesischen Volkes mit dem deutschen Volk brachte die „Volkszeitung" in einem Artikel zur Begrüßung von Bundeskanzler Schmidt zum Ausdruck: *„Das deutsche Volk"*, heißt es in dem Artikel, *„ist ein fleißiges, weises und schöpferisches Volk. Die Menschheit verdankt ihm auf den Gebieten der Wissenschaft, der Kultur, der Kunst und anderen Gebieten wertvolle Beiträge, die vom chinesischen Volk und den anderen Völkern der Welt hochgeschätzt werden. In der jüngsten Geschichte Deutschlands gab es die düstere Herrschaft des Hitler-Faschismus, der schwere Leiden über das deutsche Volk und viele andere europäische Völker brachte. Aus Gründen, die allen bekannt sind, wurde Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg in zwei Staaten geteilt. Das chinesische Volk fühlt tiefe Sympathie mit dem deutschen Volk und unterstützt dessen starke Opposition gegen die fortdauernde Spaltung der deutschen Nation und seinen gerechten Wunsch nach einer nationalen Wiedervereinigung. Wir unterstützen das deutsche Volk und die anderen europäischen Völker mit aller Kraft bei ihrem gerechten Kampf um die Verteidigung ihrer nationalen Unabhängigkeit und für ihre Sicherheit gegen die Hegemonie der Supermächte.*

Auf einem Empfang, der Bundeskanzler Schmidt in der „Halle des Volkes" gegeben wurde, betonte der stellvertretende Ministerpräsident, Genosse Teng Hsiao-ping, welche außerordentliche Bedeutung einem engen Zusammenschluß der Völker und Staaten Westeuropas gegen beide Supermächte zukommt. Nachhaltig warnte er vor den Entspannungslügen des russischen Sozialimperialismus, der in Wirklichkeit den Krieg vorbereitet.

Am folgenden Tag wurde Bundeskanzler Schmidt vom Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Chinas, Genossen Mao Tsetung zu einem freundlichen Gespräch empfangen, in dessen Verlauf beide Ansichten über Fragen der Philosophie und über die politische Weltlage austauschten. Nach einem weiteren ausführlichen Gespräch zwischen Schmidt und Genossen Teng Hsia-ping wurde am Freitag ein Schiffahrtsabkommen sowie ein Luftfahrtsabkommen unterzeichnet. Auch wurden Noten ausgetauscht über die Errichtung einer gemeinsamen Wirtschaftskommission. Der offizielle Besuch des Bundeskanzlers in der Volksrepublik China hat die Beziehungen zwischen beiden Ländern vorangebracht und wird dazu beitragen, daß die Freundschaft zwischen dem chinesischen und dem deutschen Volk noch enger werden wird.

"Rote Fahne", Zentralorgan der KPP

Menschenhandel der Gierek-Clique verurteilt

Im August dieses Jahres machten der westdeutsche Kanzler Schmidt und der Chef der polnischen Revisionisten, Gierek, einen schmutzigen Menschenhandel perfekt. Gegen einen Kredit von einer Milliarde DM und einer einmaligen Zahlung von 300 Millionen, verpflichtete sich die polnische Regierung, 120000 Menschen deutscher Abstammung die Ausreise in die Bundesrepublik zu erlauben.

Für die westdeutschen Imperialisten ist das eine willkommene Gelegenheit, in den polnischen Markt einzudringen und sich an der Ausplünderung der polnischen Werktätigen zu beteiligen, während sie gleichzeitig dafür Arbeitskräfte erhalten und sich mit Billigung der polnischen Revisionisten das Recht herausnehmen, sich in Polen einzumischen. Die CDU/CSU z. B. begründet jetzt gerade ihre ablehnende Haltung gegenüber den Abkommen mit Polen damit, daß ihnen die polnischen Zugeständnisse noch längst nicht weitgehend genug sind. Im folgenden drucken wir eine von Radio Tirana gesendete Zusammenfassung eines Artikels der „Roten Fahne", des Zentralorgans der KP Polens über die antinationale und volksfeindliche Politik der Gierek-Clique ab.

EINE ANTINATIONALE UND VOLKSFEINDLICHE POLITIK DER OFFENEN TÜR

„Rote Fahne", Organ des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Polens, veröffentlichte in ihrer letzten Ausgabe einen Artikel, in dem die von der Gierek-Clique betriebene Politik der offenen Tür entlarvt wird und die antinationalen und volksfeindlichen Ziele dieser Politik angeprangert werden. Die KP Polens weist auf die bitteren Folgen hin, die das Verschulden beim ausländischen Monopolkapital für die werktätigen Massen des Landes mit sich bringt, und sie ruft die Massen auf, den Klassenkampf für den revolutionären Sturz der landesverräterischen Gierek-Renegaten-Clique aufzunehmen.

Die Gierek-Clique, unterstreicht „Rote Fahne", malt die Politik der offenen Tür in den schönsten Farben aus. Ihr zufolge ist das Ziel dieser Politik die rasche Hebung des Wohlstands durch maximale Anleihen von entwickelten kapitalistischen Ländern. Eine solche Politik aber, schreibt „Rote Fahne" ferner, die dem Verrat am Sozialismus entspringt, soll die kapitalistische Entwicklung in Polen beschleunigen. Eben die amerikanische und die Hilfe anderer imperialistischer Staaten für die Entwicklungsländer sowie die Kredite der Weltbank führen dazu, daß die Entwicklungsländer sich immer tiefer verschulden und ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten sich vergrößern. Internationale Statistiken zeigen, daß das Monopolkapital durch Hilfen und Kredite unbarmherzig die Entwicklungsländer ausplündert. **Weshalb soll Polen also eine Ausnahme machen?**

Um diese Schlußfolgerung zu untermauern, analysiert das Organ der KP Polens die Wirtschaftsbeziehungen Polens mit der Deutschen Bundesrepublik, die eindeutig beweisen, wohin die Politik der Auslandsverschuldung führt. Polen, so heißt es in „Rote Fahne", steckt bei der Deutschen Bundesrepublik bis zum Hals in Schulden und es erhält ständig neue Kredite und Anleihen. Die Außenhandelsbilanz Polens mit der Deutschen Bundesrepublik weist ein chronisches Defizit auf. Infolgedessen betrugen die Schulden Polens 1973 mehr als 1,6 Mrd. Mark und im vergangenen Jahr erreichten sie 2,4 Mrd. Mark. Das laufende Jahr ist für Polen wieder ein Defizitjahr. Welchen Sinn kann unter diesen Bedingungen der neue Kredit

Fortsetzung auf Seite 3

Pressekonzentration

Fortsetzung von Seite 1

tungskörperschaften, in den tatsächlichen Behinderungen des Versammlungsrechts (...) oder in der rein kapitalistischen Organisation der Tagespresse usw. usf. überall wo man hinblickt, Beschränkungen auf Beschränkungen des Demokratismus."

Es ist völlig klar, daß es heute keinem „einfachen" Menschen gelingen würde, eine Tageszeitung herauszugeben. Eine Tageszeitung ist ein kapitalistisches Unternehmen, wie andere auch, hier regiert, wie überall das Wolfsgesetz des Kapitalismus. Wer nicht über genügend Kapital verfügt, wer nicht mithalten kann, wird gefressen. Während eine Handvoll Pressetrusts immer größer wird, gibt eines der kleinen und mittleren Blätter nach dem anderen seinen Geist auf. Einige Beispiele allein aus dem letzten Jahr:

Ende des Jahres kauft sich die SPD in die „Hannoversche Allgemeine Zeitung" ein, die „Hannoversche Presse" stirbt. Die HAZ erhält damit eine Auflage von 180000 Exemplaren, im Anzeigenverbund 385000 und wird damit die viertgrößte Regionalgruppe in der Bundesrepublik. **Einer der SPD-Treuhänder in der HAZ ist bezeichnenderweise Dietrich Oppenberg, Verleger der NRZ, die jetzt gerade von der WAZ geschluckt worden ist.** Im selben Jahr entsteht in Stuttgart ein schwäbischer Pressetrust, ein riesiges Gebilde von Druck- und Verlagsstätten, Immobilienholdings, Rechenzentren und Redaktionen, in dem 71 Zeitungen mit einer täglichen Auflage von 700000 erscheinen. Ebenfalls im selben Jahr kauft die WAZ die „Westfälische Rundschau" in Dortmund und gibt damit 60 Bezirks- und Lokalausgaben heraus mit einer Auflage von über 600000 Exemplaren jeden Tag. Die WAZ ist bekannt für ihre skrupellosen Methoden, ihre Konkurrenten fertigzumachen. Sie arbeitete mit kostenlos verteilten Anzeigenblättern, besonderen Anzeigenpreislisten und Dumpingpreisen für die Abonnenten. Salbungsvoll sprach der Chefredakteur der WR damals davon, daß der Verkauf der WR im Grunde die „Vielfalt der Presse" erhalten würde. Einige Wochen später waren allerdings 10 Lokalredaktionen der WR aufgelöst, die Redakteure entlassen. In elf Jahren schluckte die WAZ ein Dutzend kleiner Lokal- und Regionalzeitungen im Ruhrgebiet. Insgesamt haben von 1954 bis heute ein Drittel aller damals bestehenden Tageszeitungen aufgehört zu existieren. 1954 gab es noch 225 eigenständige politische Vollredaktionen, heute sind es nur noch 120; 1954 gab es nur 85 Kreise, in denen es nur eine Zeitung gab, heute sind es über 130.

Unter den Pressetrusts ist Springer der größte. Allein die „Bildzeitung", die mit weitem Abstand größte Tageszeitung der Bundesrepublik, wird von über 4 Millionen Menschen jeden Tag gekauft, d. h., von 10-12 Millionen täglich gelesen. „Bild am Sonntag" und „Welt am Sonntag" beherrschen 96% aller Sonntagszeitungen. Der Springertrust besitzt außerdem die Tageszeitung „Die Welt" und verschiedene Hamburger und Westberliner Blätter. Er dringt in den Markt der norddeutschen Lokalblätter ein. In seinen Händen konzentrieren sich mehrere große und modernste Druckereien, zahlreiche andere Druckereien sind von seinen Aufträgen völlig abhängig. Springer hat sich auch in die Papierindustrie eingekauft. Von der Papierherstellung über die Redaktionen und den Druck bis hin zum Vertrieb ist so einer der größten Pressekonzerne der Welt entstanden. Es ist reiner Hohn, wenn Springer in der „Welt am Sonntag" vom 2. 11. schreiben läßt: „Besorgnis über die Fusion WAZ/NRZ". Wie man einen kleineren Konkurrenten fertig macht, hat Springer selbst oft genug vorgeführt. 1961 ließ Springer an die Zeitungsgroßhändler, die damals schon 60% ihrer Vertriebsstücke von ihm bezogen, ein Rundschreiben verteilen, in dem er zum Boykott unter anderem von „Blinkfüer", das damals von Genossen Ernst Aust herausgegeben wurde, aufrief, und gleichzeitig mit einer Liefersperre drohte, falls der Boykott nicht befolgt werden sollte. 1963 sprach dann der Bundesgerichtshof „Recht" über diesen Fall und erlaubte es dem Großen, den Kleinen aus politischen Gründen fertigmachen zu dürfen. Es ist kein Wunder, daß 1968, nach dem Attentat auf Rudi Dutschke die empörten Studenten und fortschrittlichen anderen Jugendlichen die Verlagshäuser Springers zu stürmen versuchten. Es ist bekannt, von welcher Art die Springerzeitungen sind, welch reaktionäres Zeug, welchen Schmutz und Schund, sie jeden Tag veröffentlichen. Dieser Mann hat die Stirn 1967 in einem Vortrag folgendes zu sagen: „Sie (die Zeitung – RM) ist die Schule des erwachsenen Menschen, indem sie ihm zu Bildung und Orientierung verhilft." Bildung und Orientierung allerdings – aber auf die Erhaltung des Kapitalismus, auf billigste Sensationen, Pornographie und Verbrechen, das ist das Wesen der Springerpresse.

Unter dem Hitlerfaschismus kontrollierte ein einziger Trust die gesamte deutsche Presse. Die Presse war völlig gleichgeschaltet. Heute haben wir keinen Faschismus, aber gerade in den letzten zwei, drei Jahren hat die Pressekonzentration einen solchen Grad erreicht, daß Springer und vier weitere Konzerne weit über 50% der täglich verkauften Zeitungen kontrollieren. Freiwillig oder unfreiwillig – an ihnen haben sich die anderen zu orientieren. Mit der Faschisierung des gesamten Staatsapparates einher geht die schrittweise Gleichschaltung der Presse.

Die Sprachregelungen der Großen werden von den noch verbleibenden Kleinen übernommen. Die Marxisten-Leninisten werden als „Chaoten" oder „Sektierer" bezeichnet. Typisch war auch der von Springer angezettelte Kampf um die Bezeichnung der RAF als „Bande", anstatt „Gruppe". Pressemitteilungen der Partei z. B. über Genossen Sascha werden oft genug mit der Begründung, von der Partei dürfte nichts gebracht werden, abgelehnt. Ein Beispiel dafür, wie Springer vorgeht, war der Boykott gegen „Blinkfüer". Ein anderes Beispiel ist der Verlag Du Mont Schauberg. Er wagte es, gegen Springers „Bild" eine lokale Boulevardzeitung zu gründen. Springer kürzte ihm Druckaufträge. Bei einer eigenen Druckauflage von 37000 und Fremddruckauflage für Springer von 730000 eine wirkungsvolle Erpressung. Die Konzentration der Presse in wenigen Händen, die zudem noch über ausgezeichnete Beziehungen zu den Regierungen, Behörden und Verwaltungen verfügen, schafft eine Situation, in der von Pressefreiheit, wenigstens in dem Sinn, daß eine Vielzahl verschiedener **bürgerlicher** Zeitungen zur Auswahl da ist, immer weniger die Rede sein kann. Dazu kommt, daß in Rundfunk und Fernsehen, die sich in der Hand des Staates befinden, schon gar nicht von „Freiheit" die Rede sein kann. Im WDR z. B. gibt es die Sprachregelung, das Wort „Berufsverbot" nicht mehr zu benutzen und jede Sendung, die nur in Verdacht gerät irgendwie „links" zu sein, gerät sofort unter schwersten Beschuß.

Dieser ganze Apparat, Rundfunk und Fernsehen, die Pressetrusts der Springer und Co. sind mächtige Waffen der Bourgeoisie für die Unterdrückung des Volkes. Dieser Apparat kann nicht, wie D„K"P und IG Druck und Papier-Bonzen glauben machen wollen durch „Mitbestimmung" bezwungen werden. Solange der Kapitalismus existiert, wird es auch die kapitalistische Presse geben, um das Volk zu verdummen. **Erst die Revolution, die Errichtung der Diktatur des Proletariats wird uns auch von dieser Bande von Pressezaren und ihrem Anhang befreien.**

Kurz berichtet

MARBURG

Am 10. 10. fand in Marburg eine „Internationale Kundgebung" der französischen und westdeutschen Revisionisten gegen die Verlegung der französischen Pluton-Raketen nach Osthessen statt. Die Kundgebung stand unter dem Motto „Entspannung sichern – Sicherheit durch Abrüstung."

Die Partei verteilte vor den Betrieben, an der Universität und in der Stadt Flugblätter gegen den Entspannungs- und Abrüstungsschwindel. Am Morgen der Kundgebung prangten an der Zufahrt zum Kundgebungsplatz und auf dem Platz selbst jeweils eine große Parole gegen die beiden Hauptkriegstreiber, die beiden Supermächte.

WESTBERLIN

Nach zweijähriger Unterbrechung erschien in Westberlin nun wieder die erste Nummer der Stadtteilzeitung „Der Rote Wedding". Seit Juli dieses Jahres arbeitet die Zelle aktiv im Stadtteil. Mit Hausbesuchen und einem wöchentlichen Literaturtisch sind schon erste, wenn auch noch kleine Erfolge zu sehen. Das nächste Ziel, das die Zelle in Angriff nehmen wird, ist die Einrichtung eines öffentlichen Arbeitertreffs.



DORTMUND

In den ersten 1 1/2 Wochen des Semesters nahm sich der KSB/ML in Dortmund vor, zu Spanien eine Kampagne durchzuführen. Wir machten also eine Reihe von Wandzeitungen, organisierten eine Spendensammlung in der PH und vertrieben dabei die Literatur der Deutsch-Spanischen Freundschaftsgesellschaft, der FRAP, der PCE (m-l) und den ROTEN MORGEN. Ziel war es auch, die Verkaufszahl des ROTEN MORGEN zu erhöhen.

In den eineinhalb Wochen sammelten wir 110 DM, was für uns ein großer Erfolg war, denn diese 110 DM sind wirklich die Groschen vieler Studenten. In den ersten 3 Tagen verkauften wir am Büchertisch für 95 DM Literatur, und das Schönste war, daß nicht nur ein Teil des Büchertisches wirklich leergekauft war, sondern wir auch zum ersten Mal in zwei Wochen je 10 RM's nachholen mußten, weil die 30 Stück, die wir hatten, nicht reichten.

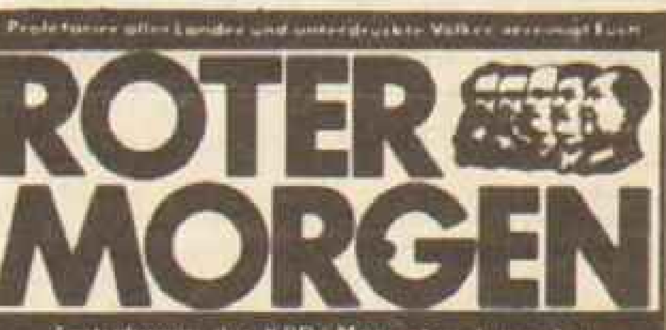
BREMEN

Die Versammelten der Oman-Solidaritätsveranstaltung in Bremen am 25. 10. 75 protestierten in einer Resolution gegen die drohende Abschiebung von Sascha Haschemi.

LÜBECK

Am 17. 10. 75 versammelten sich 19 Freunde und Genossen auf dem regelmäßigen Arbeitertreff der Partei in Lübeck. Thema war der Prozeß gegen Genossen Martin Peleikis. Es wurde ausführlich über den Kampf in der Bundeswehr diskutiert, wobei auch ein Soldat über den Kampf in der Bundeswehr berichtete. Es wurde eine Resolution verabschiedet und 52 DM zur Prozeßunterstützung gesammelt.

Eine Protestresolution gegen die Ausweisung von Sascha erreichte uns auch vom „Roter-Morgen"-Leserkreis an der Universität Kiel.



HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 417 06 – 466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur Gernot Schubert, Bochum. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,– DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

Frauenkongreß in Ostberlin (2. Teil)

Das Erbe Clara Zetkins mit Füssen getreten

Um die Bedeutung der Frauenkonferenz, die jetzt in Ostberlin zu Ende ging, einzuschätzen, tut man gut daran, sich kurz an die UNO-Weltkonferenz im Jahr der Frau im Juni dieses Jahres in Mexiko zu erinnern.

Auf dieser Konferenz wurde ein heftiger und komplizierter Kampf um den Weg der Befreiung der Frau ausgefochten. Ständig versuchten vor allem die beiden Supermächte, die von den Ländern der „Gruppe der 77" ausgearbeitete Deklaration zu sabotieren und die Länder der Dritten Welt zu Zugeständnissen zu zwingen. Aber viele Länder mit den Delegierten der VR China und der VR Albanien an der Spitze erhoben ihre Stimme gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus. Die Pläne der beiden Supermächte, diese Konferenz zu kontrollieren, scheiterten. Die Konferenz wurde zu einem weiteren Schritt im weltweiten Kampf der Völker.

Auf der Frauenkonferenz in Ostberlin war wiederholt die Rede davon, daß hier das Werk von Mexiko weitergeführt werde. So, als hätten sie niemals versucht, die Deklaration von Mexiko zu sabotieren, behaupteten die modernen Revisionisten, sie stünden voll auf dem Boden dieser Deklaration. Warum aber dann eine erneute „Weltkonferenz" wenige Monate nach Mexiko? Freda Brown, die Präsidentin des Kongresses, antwortete darauf: „Die UNO-Konferenz in Mexiko fand auf Regierungsebene statt und die Teilnehmer waren Regierungsvertreter. Bei unserem Kongreß handelt es sich um ein Treffen von gesellschaftlichen Organisationen, um einen Völkerkongreß."

Ist das tatsächlich der Unterschied zwischen Mexiko und Ostberlin, daß sich in Mexiko die Interessen der Regierungen und in Ostberlin die Interessen der Völker manifestierten?

An wortreichen Beteuerungen über die Solidarität mit dem Kampf besonders der Völker der Dritten Welt und über die notwendige Teilnahme der Frauen an diesem Kampf fehlte es in der Tat auf diesem Ostberliner Kongreß nicht. So erklärte zum Beispiel die Präsidentin des Kongresses, Freda Brown: „Indem sich die Frauen Vietnams am Kampf um nationale Befreiung beteiligten, haben sie bewiesen, daß sich die Gleichberechtigung nur erringen läßt, wenn man die nationale Unabhängigkeit erkämpft und die gesellschaftlichen Verhältnisse auf gerechter Grundlage umgestaltet." Das ist sicher richtig. Aber die entscheidende Frage für die Frauen ist, wie dieser Kampf um nationale Unabhängigkeit zu führen ist. Vietnams Frauen und die Frauen Kambodschas und Laos' sind gerade deshalb ein glorreiches Beispiel für die unterdrückten Frauen der Welt, weil sie mitgeholfen haben, der Wahrheit zum Siege zu verhelfen, daß ein kleines Land dann eine Großmacht besiegen kann, wenn es zu den Waffen greift und im Volkskrieg ausharrt bis zum Sieg. **Auf dem Frauenkongreß in Ostberlin aber wurde die Notwendigkeit des bewaffneten Befreiungskampfes nicht nur bloß verschwiegen, sondern direkt bekämpft.** Gleich nachdem sie sich demagogisch auf die heroischen Frauen Vietnams berufen hat, fährt Freda Brown nämlich fort: „Und umgekehrt sind wir uns alle im klaren darüber, daß dort wo militärische Spannungen bestehen oder die Reaktion die Oberhand gewinnt, nicht nur die sozialen Rechte der arbeitenden Frauen, sondern das Recht auf Leben überhaupt und das Recht auf das Glück ihrer Kinder gefährdet sind." Hier wird in schamloser Weise die Liebe und Sorge der Mütter für ihre Kinder mißbraucht, um sie gegen den bewaffneten Befreiungskampf einzunehmen. Was heißt denn „militärische Spannungen gefährden das Glück der Kinder'? „Militärische Spannungen" existierten in Vietnam von dem Augenblick an, da sich das vietnamesische Volk mit der Waffe in der Hand gegen die amerikanischen Aggressoren erhob und die brutale Ausplünderung und Unterdrückung durch den Imperialismus nicht mehr hinnahm. Wer aber diese „militärischen Spannungen" und nicht die Aggression des US-Imperialismus verantwortlich macht für die Leiden der vietnamesischen Kinder, wer nicht unterscheidet zwischen der Waffengewalt der Imperialisten und der Waffengewalt des Volkes, wo nimmt der das Recht her, seinen Kongreß einen „Völkerkongreß" zu nennen? **Wer angesichts der heroischen bewaffneten Kämpfe des palästinensischen Volkes die „friedliche Beilegung der Krise im Nahen Osten" fordert, wer in seinem Appell an die Frauen der Welt, die Auslöschung der „internationalen Konfliktherde" fordert, der offenbart, was er wirklich mit seinem angeblichen „Völkerkongreß" will: nicht die Befreiung der unterdrückten Völker und Frauen der unterdrückten Völker, sondern ihre Versklavung.**

Die Aufgabe, die sich die modernen Revisionisten gestellt haben, die Frauen von der Teilnahme am bewaffneten Befreiungskampf abzuhalten, ist nicht leicht. Vom Tag der Pariser Kommune an hat sich immer wieder aufs Neue bewiesen, daß die gewaltsame Revolution und der Sieg über den Imperialismus entscheidend sind, um die Probleme eines Volkes und die Probleme der Frauen zu lösen.

Deshalb versuchen die modernen Revisionisten diese Erfahrungen und die Wahrheit des Marxismus-Leninismus in immer neuen Bildern von den Schrecken der Kriege zu ersticken. Auch auf dem Frauenkongreß in Ostberlin wurden immer wieder die Millionen Opfer insbesondere des 1. und 2. Weltkrieges beschworen. Dieses wortreiche Mitgefühl mit den Leiden der Frauen durch die imperialistischen Weltkriege ist nicht mehr wert als die Krokodilstränen, die die imperialistischen Regierungen über die Opfer der Kriege vergießen. **Denn wer wirklich Mitgefühl hat mit den Leiden der Frauen, der muß sie davor warnen, daß die Rivalität der beiden Supermächte heute die Quelle eines neuen, eines dritten Weltkrieges ist. Der muß für den Zusammenschluß der Völker gegen den Imperialismus und besonders die beiden Supermächte kämpfen und die Kräfte der Revolution unterstützen, um den Ausbruch eines dritten Weltkrieges nach Möglichkeit zu verhindern.**

Von diesem realistischen Weg, einen neuen Weltkrieg zu verhindern, hörte man auf der Frauenkonferenz in Ostberlin nichts. Wenn von den Schrecken des Krieges die Rede war, dann nur, um den Frauen Angst einzujagen und sie dazu zu bringen, vor der Realität die Augen zu verschließen. Wem nützt es aber, wenn die Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte totgeschwiegen werden, wenn die russischen Sozialimperialisten sogar als die Hauptgaranten des Friedens hingestellt werden? Doch nur den beiden Supermächten und vor allem den russischen Sozialimperialisten. Denn sie sind es, die ein Interesse daran haben, die Völker in falscher Sicherheit zu wiegen, den Lärm ihrer Kriegsvorbereitungen durch Friedensparolen zu übertönen.

Deshalb war es vollauf berechtigt, wenn Vito Kapo, die Präsidentin des Generalrats der Frauenverbandes Albaniens in Mexiko warnte:

„Die Anstrengungen, die unternommen werden, um das Problem der Emanzipation der Frau mit den bekannten Parolen der sogenannten ‚Entspannung auf der Welt", der Lösung der Fragen durch ‚Verhandlungen und friedliche Mittel', den Bestrebungen nach ‚Abrüstung', der ‚europäischen Sicherheit', der ‚Reduzierung der Streitkräfte auf der Welt', der ‚kollektiven Sicherheit in Asien' und anderen in Verbindung zu bringen, verfolgen lediglich das Ziel, dieses Problem in eine Sackgasse abzuzwängen. Diese teuflischen Losungen und Pläne, die den Völkern Sand in die Augen streuen, ihr Vertrauen auf die eigenen Kräfte schwächen, ihre Wachsamkeit und ihren kämpferischen Geist mindern und die Aufmerksamkeit der Völker und Frauen vom wirklichen Weg zur Realisierung ihrer Rechte, vom entschlossenen Kampf gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und Reaktion ablenken wollen, müssen mit größter Entschiedenheit entlarvt und abgelehnt werden."

Worin liegt also der Unterschied zwischen Mexiko und Ostberlin?

Der Hauptunterschied liegt darin, daß die russischen Sozialimperialisten als die heimlichen Drahtzieher dieses sogenannten Weltkongresses hier in Ostberlin die Pläne verwirklichen können, mit denen sie in Mexiko am Widerstand der Völker scheiterten. Von einem Völkerkongreß aber kann keine Rede sein. Denn dieser Kongreß ist im Gegensatz zu Mexiko direkt gegen den Kampf der Völker gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus, direkt gegen die Interessen der Völker gerichtet.

Menschenhandel der Gierek-Clique

Fortsetzung von Seite 2

von einer Milliarde Mark haben? Es besteht kein Zweifel, daß der neue Kredit an den gegenwärtigen polnisch-westdeutschen Wirtschaftsbeziehungen nichts anderes ändert, als daß die Schulden Polens weiter steigen.

Die KP Polens verurteilt vor allem den Menschenhandel der Gierek-Clique, die dem Ein-Milliarden-Kredit von der Deutschen Bundesrepublik zuliebe 125 000 polnischen Bürgern deutscher Herkunft die Ausreise bewilligte. Wir müssen mit allem Nachdruck unterstreichen, heißt es im Organ der KP Polens, daß wir gegen jegliche Form des Menschenhandels, gegen diesen Verkauf der Arbeitskraft sind. Durch die Koppelung der Kredite mit der Auswanderung von Menschen nimmt die Gierek-Clique die schändliche Rolle des Sklavenhändlers ein.

Die KP Polens entlarvt auch die ökonomistischen Parolen der Gierek-Clique. Auf diese Weise will sie die polnische Arbeiterklasse apolitisch machen, sie zu einer Klasse von Sklaven verwandeln und jede Auflehnung von ihnen brechen. Um die Wachsamkeit des Volkes einzuschläfern, heißt es in der Zeitung „Rote Fahne", tönt die revisionistische Propaganda, wir sollten uns keine Sorgen um die Zukunft der Nation und des Staates machen, weil die Außenpolitik und die Verteidigung des Vaterlandes sich in sicheren Händen befänden, in den Händen unserer bewährten Brüder und Freunde Moskaus. Ferner sei angeblich die Hauptaufgabe des polnischen Volkes heute nur die Sorge um die Wirtschaftsentwicklung des Landes.

Die KP Polens kämpft dafür, das Bewußtsein und den Grad der klassenmäßigen Organisiertheit des polnischen Proletariats zu heben, ihm die bitteren Folgen der kapitalistischen Politik der Gierek-Clique zu zeigen und sie betont zugleich, die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes für die Wiederherstellung der Diktatur des Proletariats in Polen.

Aus aller Welt

CHILE

Die Presseagentur A. N. CH. A., die die Front des Volkes für das Ausland herausgibt, meldet in ihrer Oktobernummer:



CON LA UNIDAD Y LA LUCHA LA (R)ESISTENCIA VENCERA

AKTIVITÄTEN DER WIDERSTANDSKOMITEES

Im September haben sich die Aktivitäten der verschiedenen Widerstandskomitees im ganzen Land verstärkt. An den Wänden sieht man zahlreiche Parolen gegen die Junta. Tausende von Flugblättern sind in den Fabriken, Stadtvierteln, Schulen und an anderen Orten verteilt worden. Mitten im Zentrum Santiagos hat die Front des Volkes an verschiedenen Orten gleichzeitig Flugblätter abgeworfen. Eine Aktion fand am 4., eine andere am 11. September statt.

Die patriotische Liga der Kaufleute

Die Kaufleute haben begonnen, sich zur Verteidigung ihrer Rechte, die von den Faschisten zertreten werden, zusammenzuschließen. Im September hat sich die patriotische Liga der Kaufleute gebildet, die neben anderen Aktionen ein Flugblatt mit folgendem Inhalt verteilt hat: „Chilenen, verhindert, daß die Junta das Vaterland ruiniert!"

Kampf der Arbeitslosen

In der Stadtbevölkerung von Barrancas (Gemeinde in Santiago) haben sich Tausende von Arbeitslosen mit ihren Familien versammelt, um ihrer Forderung nach Arbeit Ausdruck zu geben. Als man ihnen keine Lösung bot, riefen die Arbeitslosen laut Parolen gegen die Faschisten, zerbrachen die Türen der Stadtverwaltung, drangen dort ein, besetzten sie für einen Augenblick und zerstreuten sich, noch ehe die Gorrillas (die Polizei bzw. die Soldaten der Junta – RM) eintrafen. Weit und breit in Chile haben sich Tausende von Arbeitslosenkomitees gebildet und sie sind im Begriff, wichtige Kämpfe zu führen.

Flugblatt eines Komitees der Front

Ein Komitee der Front des Volkes von Santiago schickte uns ein Flugblatt, in dem es „zur Einheit aller Patrioten im Kampf gegen die faschistischen Gorrillas auf allen Ebenen" aufruft. Vorher heißt es: „Nur der wachsende Widerstand des Volkes kann unserem Vaterland wahre Freiheit und Unabhängigkeit bringen und uns, dem Volk, Gerechtigkeit und Volksdemokratie als auch den materiellen und kulturellen Wohlstand verschaffen, den wir so dringend brauchen . . . Wir wollen und wir werden auch nicht dafür kämpfen, wieder zu vergangenen Etappen unserer Geschichte zurückzukehren (d. h., zu den Fehlern der Regierung Allendes – RM), wir wollen ein neues Chile aufbauen, einen wirklich unabhängigen Staat mit einer progressiven Regierung, in dem die größtmögliche Freiheit und Demokratie für das ganze Volk herrscht. Wir kämpfen, um den Weg für die Volksdemokratie in einem neuen Chile zu bahnen."

SIMBABWE

Nur durch den bewaffneten Kampf kann Simbabwe seine Unabhängigkeit erringen, heißt es in einer Erklärung, die am 20. Oktober durch das Büro des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) in Lusaka veröffentlicht worden ist. In der Erklärung heißt es weiter, daß Verfassungskonferenzen, die durch das Kolonialregime einberufen würden, „nur Taktiken des Feindes sind, um zu versuchen, seine bewaffneten Kräfte zu konsolidieren". „Der ANC", wird erklärt, „ruft die ganze Bevölkerung von Simbabwe auf, alle konstitutionellen Illusionen abzuwerfen und sich auf den revolutionären Krieg gegen das koloniale Siedlerregime zu konzentrieren."

VR CHINA

Das chinesische Rote Kreuz hat am 18. Oktober in einem Schreiben an die Regierung der VR Jemen der Bevölkerung in den Gebieten des Landes, die von einer schweren Flutkatastrophe heimgesucht wurden, sein Mitgefühl ausgedrückt und seine Hilfe angeboten. In dem Schreiben heißt es: „Wir sind von der Nachricht, daß Ihr Land von einer Flutkatastrophe heimgesucht worden ist, stark betroffen. Das chinesische Rote Kreuz hat beschlossen, der Bevölkerung in den betroffenen Gebieten Ihres Landes eine Sendung Baumwolldecken, -kleider, Wollsachen und Medikamente zu schicken, um dabei zu helfen, die gegenwärtigen Schwierigkeiten zu überwinden. Bitte übermitteln Sie allen Betroffenen unser aufrichtiges Mitgefühl."

PALÄSTINA

In Nazareth, Obergaliläa, haben die Palästinenser vor kurzem eine Volkskonferenz gegen die expansionistischen Pläne der israelischen Zionisten abgehalten, weite Landstriche der Palästinenser in Galiläa zu konfiszieren und die Bewohner davonzujagen, um dort israelische Immigranten anzusiedeln. Dies war die erste solche Konferenz, die seit 1948 in den von Israel besetzten Gebieten abgehalten worden ist. Die Konferenz fand am 18. 10. unter der Losung „Nein zur Judaisierung! Nein zur Vertreibung von unserem Land!" statt. Auf der Konferenz wurden Resolutionen verabschiedet, in denen die israelischen Behörden wegen ihrer Pläne, noch mehr Land an sich zu reißen, angeprangert werden, und in denen die Teilnehmer aufgerufen werden, sich jedem Landraub arabischen Bodens durch die zionistischen Behörden zu widersetzen. In einem Kommentar dazu erklärte die palästinensische Nachrichtenagentur Wafa, daß die zionistischen Massenmedien den größten Landraub überhaupt, in Naqab, zu vertuschen versuchen. Aber von Naqab bis zu den Höhen Galiläas wird die Protestwelle immer größer.

SOWJETUNION

Die russischen Sozialimperialisten haben den 227 Kilometer langen Kanal, der von der Ostsee zum Weißen Meer führt, vertieft und erweitert. Die Vertiefung und Erweiterung dieses Kanals hat zum Ziel, die Durchfahrt großer sowjetischer Kriegsschiffe durch den Kanal zum Atlantik und sofortige Stationierung einer großen Zahl sowjetischer Kriegsschiffe, die sich jetzt in der Ostsee befinden, im offenen Nordmeer zu erleichtern.

GRIECHENLAND

Die Nachrichtenagenturen berichten, daß in einer Hafenstadt ca. 20 km südwestlich von Athen Demonstrationen gegen das Einlaufen von Kriegsschiffen der 6. amerikanischen Flotte in den Häfen stattgefunden haben. Das griechisch-amerikanische Abkommen darüber, daß amerikanische Kriegsschiffe in diesen Häfen einlaufen dürfen, ist bis Dezember dieses Jahres gültig. Die Demonstranten forderten aber, daß die Kriegsschiffe schon jetzt nicht mehr vor Anker gehen dürfen.

KANADA

22 000 kanadische Postbedienstete haben ihren Streik gegen die niedrigen Löhne und für verbesserte Arbeitsbedingungen fortgesetzt. Durch den Streik wurde der Postdienst im Lande völlig lahmgelegt. Ein Sprecher der Streikenden gab bekannt, daß sich ihrem Streik bald weitere 16 000 Postbedienstete, hauptsächlich Briefträger, anschließen werden. Er bat die Arbeiter der anderen kapitalistischen Länder um Unterstützung und forderte sie auf, ein Postembargo gegen Kanada zu verhängen.

JAPAN/SOWJETUNION

Die sowjetische Fischereiflotte dringt oft in die Küstengewässer Japans ein, betreibt Raubfischerei großen Stils und greift die japanischen Fischer blindlings an. Immer wieder haben die japanischen Fischer in der Vergangenheit dagegen große Protestaktionen durchgeführt, so daß sich die russischen Sozialimperialisten gezwungen sahen, ein Fischereiabkommen mit der japanischen Regierung abzuschließen und zu versichern, sie würden ihre Aktivitäten in den japanischen Gewässern „einschränken". In Wirklichkeit haben sie aber das genaue Gegenteil getan. Vier Monate früher als im vergangenen Jahr begannen sie mit ihrem Fischfang. Die Zahl der Schiffe, die vor der japanischen Küste operieren, hat sich auf 30 gesteigert, darunter ein 10 000-Tonnen-Mutterschiff, ein 6 000-Tonnen-Tanker und 1 500- bzw. 3 000-Tonnen-Trawler. Vor kurzem fing ein sowjetischer Trawler das Netz eines japanischen Fischerbootes ein und zog es vier Stunden lang über die See. Dann zerstörten sie das Fischernetz, die Signalinstrumente und andere Ausrüstung des japanischen Bootes. Um den Fischfang vollends unmöglich zu machen, verseuchten sie das Wasser mit Fischabfällen. In einem Telegramm haben die japanischen Fischer inzwischen den sofortigen Rückzug der Fischfangflotte der russischen Sozialimperialisten aus japanischen Gewässern verlangt.

MOSAMBIK

Die Frelimo veröffentlichte vor kurzem eine Erklärung, in der die konterrevolutionären Aktivitäten von über 10 ausländischen religiösen Gruppen enthüllt werden. Unter dem Deckmantel der Religion hielten diese Gruppen nach der Unabhängigkeit geheime Versammlungen ab, griffen die Frelimo und die Regierung an, versuchten die öffentliche Meinung zu verwirren und planten sogar, eine Radiostation zu besetzen und mit allen Mitteln in die Frelimo einzudringen. In der Erklärung wird darauf hingewiesen: „Obwohl wir die Unabhängigkeit errungen haben, geht der Kampf weiter, denn die Reaktionäre haben ihre Waffen noch nicht niedergelegt."

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

"Die schustern sich gegenseitig das Geld zu"

Neulich hat mir ein älterer Kollege (ich arbeite bei Daimler Benz) einiges über die Gewerkschaft erzählt, das sich lohnt, weiterverbreitet zu werden.

Dieser Kollege ist zum ersten Mal Vertrauensmann. Er schimpfte furchtbar. Es fing damit an, daß der Betriebsrat sich im Betrieb nie blicken läßt. Und da erzählte er dann: „Ich gehe sowenig wie möglich rauf in den Krawattenbau (Verwaltungsbau), aber wenn ich mal rauf muß, ist nie jemand da. Die machen doch laufend Reisen, um sich zu ‚informieren'. Da habe ich für das Jubiläum eines Kollegen vom Betriebsrat und von der Gewerkschaft je eine Unterschrift gebraucht. Bei der Gewerkschaft brauchten sie 2 Wochen, beim Betriebsrat 3 Wochen für die Unterschrift." Und dann kam er ins Fahrwasser: „Die schustern sich doch gegenseitig das Geld zu. Zum Beispiel zu Weihnachten gibt es von der Gewerkschaft Geschenke. Letztes Jahr war es ein Reisewecker im Wert von ca. 30 DM – mit dem Zusatz: „Sagt den Kollegen ja nichts davon, sonst gibt es Neid!" Und zur Betriebsratswahl berichtete der Kollege: „Das Wahlergebnis stand schon von vornherein fest. Ich war dabei, als sie sich gegenseitig vor der Auszählung der Stimmen gratulierten. Und nach der Auszählung schleppten sie kistenweise das Bier heran. Die sind doch korrupt bis auf die Knochen!"

Ein Genosse aus Böblingen

Gleiche Werkstücke - verschiedene Bewertung

Ich bin Auszubildender auf der MAK, dem zweitgrößten Betrieb in Kiel. Vor einiger Zeit hatte ich ein Erlebnis, das ich euch schildern möchte.

Am 11. 8. 75 bekamen zwei Kollegen und ich den Auftrag, von einem Rundstahl die Hälfte abzufeilen.

Ich hielt diese Feilübung von Anfang an für eine Schikane. Denn in der Lehrwerkstatt II standen mehr als drei Dreh- und Fräsmaschinen zur Verfügung. Als ich einen Ausbilder auf den Sinn dieser 2-tägigen Feilübungen ansprach, meinte er, wir könnten uns ja beschweren. Er wußte ja, daß es nichts nützen würde. Dann meinte er noch: „Ich weiß ja, daß ihr nichts tun werdet und ich weine dem auch keine Träne nach." In diesem Gespräch konnte er mir auch nicht widerlegen, daß wir bei dieser Feilübung (2 Tage) keinen effektiven Lernprozeß durchmachen würden und daß deshalb diese 2 Tage Lehrwerkstatt I nur Schikane sind. Doch durch sein liberales Geschwafel hatte er mich fast eingewickelt.

Jetzt aber habe ich eingesehen, daß dieser Ausbilder oder besser viele Ausbilder Handlanger des Kapitals sind, die uns Jugendliche auf das schweigende Ertragen der Unterdrückung vorbereiten sollen.

Folgendes geschah an diesem Tag:

Kurz vor Mittag brachte mein Kollege F. sein Werkstück zum Bewerten zum Ausbilder. Dieser befand das Werkstück bis auf eine Kleinigkeit für gut. Als wir unsere Werkstücke verglichen, kamen wir zum Ergebnis, daß alle Werkstücke gleich gut waren. So gingen Kollege S. und ich auch mit unseren Werkstücken zum Ausbilder und der meinte, unsere Stücke seien total uneben und aus dem Winkel. Wir wußten das auch vorher, doch es machte uns stutzig, daß F.'s Stück trotzdem für gut befunden worden war und unsere nicht. So beschlossen wir drei, seine Bewertung zu testen.

Nach der Mittagspause ging mein Kollege S. mit dem für gut befundenen Werkstück von F. zum Ausbilder und ließ es bewerten. Dieser sagte jetzt, das Werkstück sei total schief (dazu: Dieser Ausbilder hatte den Kollegen S. schon einige Male vor allen anderen lächerlich gemacht) Als wir den Ausbilder dann gemeinsam zur Rede stellten, meinte er: „Ich bin euch keine Rechenschaft schuldig. Geht lieber an eure Arbeit."

Als wir uns bei unserem Ausbildungsleiter beschwerten, meinte dieser, das könnte nicht stimmen und spielte es als einen Irrtum unsererseits herunter. Als er sich schließlich das Werkstück ansah, mußte er zugeben, daß der Ausbilder ungerecht beurteilt hatte. Gegen den Ausbilder wurde nichts unternommen, und uns sagte der Ausbildungsleiter, wir sollten nicht so viel Wind um die Sache machen.

Das war ein ganz klarer Versuch, uns gegeneinander auszuspielen und zu verhindern, daß sich die Jugendlichen vereinigen und gegen die Unterdrückung durch die Bourgeoisie kämpfen.

Leider haben wir die Sache damals auf sich beruhen lassen. Aber ich bin nicht gewillt, auch nur ein Werkstück von diesem Ausbilder bewerten zu lassen. Und das auch dann, wenn er nicht bewußt ungerecht beurteilt hätte, sondern nur ein unfähiger Ausbilder wäre.

Ich bin Sympathisant der KPD/ML und glaube, daß die Arbeiterschaft sich unter ihrer Führung befreien wird. Auch „Druck" von den Handlangern der Bourgeoisie im Betrieb wird mich nicht daran hindern, die Partei zu unterstützen und für ihre Ziele zu kämpfen.

Mit solidarischem Gruß, ein Sympathisant aus Kiel

Türkische Kollegen bei Winter streiken

In Stadt Allendorf gibt es den metallverarbeitenden Betrieb Winter. Dort sind ungefähr 3000 Arbeiter beschäftigt, ein Drittel sind Türken. In einer Abteilung, der Schleiferei, sind nur Türken beschäftigt. Bei Winter wird kurzgearbeitet. Früher mußten 8 Arbeiter 125 Motoren, heute 6 Personen 250 Motoren schleifen. Weil es jetzt eine Wirtschaftskrise gibt, verschärft der Arbeitgeber die Arbeitshetze und droht den türkischen Kollegen mit Entlassungen und Abschiebung in die Türkei.

Die türkischen Kollegen werden im Betrieb besonders unterdrückt, vom Direktor, Meister und Betriebsrat. Der Direktor sagte, die Türken sind wie Hunde.

Die Betriebsräte arbeiten mit dem Arbeitgeber zusammen gegen die Arbeiter (z. B. Herr Günter Datz) besonders gegen die Türken. Bei Winter gibt es 3 türkische Dolmetscher, die aber nicht die Interessen der türkischen Kollegen vertreten. Die türkischen Kollegen verdienen sehr wenig, sie werden besonders unterdrückt und ausgebeutet, Entlassungen werden angedroht.

Am Montag, den 29. 9. 75 haben 12 türkische Kollegen gegen Ausbeutung, Unterdrückung und niedrigen Lohn protestiert und die Arbeit niedergelegt. Meister und Direktor haben den türkischen Kollegen mit sofortiger Entlassung gedroht, wenn sie nicht sofort an ihre Arbeit gehen würden. Die Kollegen weigerten sich und sprachen mit den anderen türkischen Arbeitern. 10 Minuten später haben sich alle Arbeiter der Schleiferei 600 Türken mit den 12 Kollegen solidarisiert und sind in den Streik getreten.

Zuerst haben die Kollegen sich versammelt und sind dann zum Direktor gegangen. Der drohte sie alle zu entlassen, wenn sie nicht an die Arbeit gehen würden. Die türkischen Arbeiter erklärten, daß sie erst wieder arbeiten würden, wenn sie höheren Stundenlohn bekommen, wenn Entlassungen zurückgenommen werden und die verschärfte Ausbeutung und Unterdrückung beendet ist.

Der Chef war damals im Urlaub, er ist zurückgekommen, um eine Versammlung mit den türkischen Arbeitern abzuhalten. Dort hat er gesagt, daß der Lohn erhöht und die Entlassungen zurückgenommen werden. Weiter sagte er, die türkischen Arbeiter wären sehr fleißig und daß es keine politische Unterdrückung gibt. Der Streik dauerte 2 Tage, am Mittwoch haben die Arbeiter wieder angefangen zu arbeiten, sie erklärten aber, sofort wieder zu streiken, wenn die Forderungen nicht erfüllt werden.

Mit revolutionären Grüßen! Ein türkischer Kollege

Kurzarbeit im Bergbau

Neue Stillegungen drohen im Bergbau

Seit der letzten Vorstandssitzung der Ruhrkohle AG ist die Wahrheit heraus: Den Kumpels im Ruhrgebiet stehen zehn Feierschichten bevor. Schon jetzt aber ist klar, daß es nicht bei dieser Kurzarbeit bleibt, sondern auch Entlassungen folgen. In einer Geheimstudie des IG-Bergbau-Apparates ist sogar von Stillegungen die Rede.

Seit Monaten gibt es Anzeichen für die zunehmende Krise im Bergbau. Zum einen haben die Hauptabnehmer der Kohle im Ruhrgebiet, die Stahlwerke, ihre Produktion und damit ihren Kohlenverbrauch gedrosselt. Zum anderen erwiesen sich die staatlichen Versprechungen als leeres Gerede: Nach dem 3. Verstromungsgesetz sollten bis 1980 zehn Kohlekraftwerke errichtet werden. Bisher jedoch gilt nicht einmal die Hälfte davon als gesichert. Vielmehr ist der Kohleanteil an der Verstromung innerhalb eines Jahres um 25% zurückgegangen. Zugleich aber hat die Ruhrkohle AG im Laufe des Sommers die Förderung durch Rationalisierung und immer schärfere Arbeitshetze ständig gesteigert, um mehr Profite herauszuholen. Dadurch wuchsen andererseits die Halden immer höher.

Im Februar dieses Jahres hatte RAG-Chef Dr. Bund groß erklärt, die Steinkohlenhalden würden „spätestens" bis Ende des Jahres, wahrscheinlich aber schon früher, „restlos verschwunden sein". Und noch im Juli behauptete er, daß an eine Drosselung der Förderung oder an eine Einschränkung der Beschäftigung nicht gedacht sei. Die Arbeitsplätze wären gesichert. Doch nichts war gesichert: 15 Mio. Tonnen liegen jetzt auf Halde.

Gemeinsam mit dem RAG-Vorstand tat die IG Bergbau das Ihre, um die Kumpel zu täuschen und zu belügen, sie hinzuhalten. Im August schrieb die IGBE-Zeitung „Einheit" zur Lehrlingseinstellung: „Im Kohlenbergbau macht das Lernen jetzt Laune. 7000 Jungen und Mädchen haben gut gewählt. Ihre Arbeitsplätze sind gesichert." Im September logen Gewerkschaftsbonzen wie Brandau von der Zeche Blumenthal weiter, es werde keine Kurzarbeit geben. Er hetzte auf Belegschaftsversammlungen wild gegen die KPD/ML, die den Kumpels gesagt hatte, es werde erneut Stillegungen geben.

Einige Tage später aber konnte man es sogar in den Zeitungen lesen: „Feierschichten und Zechensterben drohen an der Ruhr." Anfang Oktober zeigte sich das wahre Gesicht der IGBE-Führer: **Auf der Zeche Blumenthal z.B. wurden blaue Briefe an die Kumpel verschickt, die angeblich zu viel krank waren und zu viele Fehlschichten hätten. Auch wurde bekanntgegeben, daß auf der Zeche Bergmannsglück in Westerholt die Förderung um 1/10 eingeschränkt wurde – 350 Kumpel sollen dort entlassen werden. Auf der Zeche Waltrop soll die Förderung von Kraftwerkskohle eingeschränkt werden, so daß auch dort 300 Mann entlassen werden sollen: Frührentner zwischen 50 und 55.**

Während nun nicht einmal die RAG mehr die Lage vertuschen konnte, behauptete der IGBE-Bezirkschef in Recklinghausen und Aufsichtsratsvorsitzender der Bergbau AG Herne/Recklinghausen, Hohmann, noch am 19. 10.: „Die IGBE lehnt auch für den Fall, daß die Halden in den nächsten Monaten weiterwachsen, Feierschichten oder jede andere Art von Kurzarbeit ab." Wie es mit dieser „Ablehnung" aussah, zeigte sich zehn Tage später: Betriebsräte und RAG beschlossen zehn Feierschichten. Die IGBE begründete ihre Zustimmung demagogisch damit, daß es nicht zu Stillegungen kommen soll.

Daß dies wiederum nur die wahren Pläne der RAG und der IGBE verdecken soll, offenbart eine Geheimstudie der IGBE. Darin heißt es offen, daß 5 bis 10 Stillegungen nötig seien, wenn die Entwicklung weitergehe wie bisher. Offensichtlich entspricht diese Geheimstudie den wahren Absichten der RAG und des IGBE-Apparates. Nach den Berechnungen sollen bis Ende 1976 allerhöchstens 25 Mio. Tonnen – einschließlich der Energiereserve der Bundesregierung – tragbar sein. Tatsächlich aber würden es bei gleichbleibender Förderung 36 Mio. Tonnen sein. Das aber heißt, daß entweder dreimal so viel Feierschichten wie jetzt gemacht werden müßten, um die Halde auf 25 Mio. Tonnen zu bringen. Das aber ist unwahrscheinlich, da dann bald jede Woche nur vier Tage gearbeitet würde und das für die RAG keine Auslastung der Kapazitäten bringen würde. **Oder aber man legt 5 mittlere Zechen still, was genau der Zahl aus der Geheimstudie der IGBE entsprechen würde.**

Die Kumpel werden das nicht kampflos hinnehmen, denn schon die beschlossenen Feierschichten treffen sie schwer. Selbst wenn es bei den zehn angekündigten Feierschichten bleiben sollte, drohen ihnen Lohneinbußen zwischen 200 und 300 DM. Zugleich wird ihre Lage dadurch verschärft, daß in den Zechenwohnungen die Mieten und Heizungskosten stark erhöht worden sind. (So wurden in einigen Wohnungen Gasheizungen eingebaut, so daß für die betroffenen Kollegen die Deputatkohle wegfällt). Das Vorgehen des IGBE-Apparates gegen die Kumpel zeigt nur allzu deutlich, daß sie im Kampf gegen diese Feierschichten und die drohenden Stillegungen und Entlassungen nur dann Erfolge erringen werden, wenn sie gegen den Gewerkschaftsapparat für ihre Forderungen kämpfen.

Vor der Demonstration am 8.11

DGB-Bonze droht mit Riesenpolizeiaufgebot

Die Partei hat in vielen Städten Nordrheinwestfalens den Kampf aufgenommen, gegen die Illussionen, die der DGB-Apparat mit seiner Demonstration am 8. November verbreiten will. Bei Hoesch, bei Krupp und anderen Betrieben, wo die Partei arbeitet, erscheinen in den Betriebszeitungen als Extrablätter Artikel zu dieser Demonstration. Vor den Betrieben und im Stadtteil werden Stände aufgebaut, an denen Wandzeitungen den arbeiterfeindlichen Charakter des DGB-Apparates entlarven. Rotgardisten in NRW verteilen ein Flugblatt, in dem besonders die Jugendlichen aufgerufen werden, nicht unter der Führung des DGB-Apparats, sondern unter klassenkämpferischen, revolutionären Losungen den Kampf gegen Arbeitslosigkeit und Lohnraub zu führen.

Wie sich die DGB-Bonzen auf diese Demonstration vorbereiten – nämlich durchaus nicht nur mit Flugblattverteilen – zeigt die folgende Korrespondenz des KSB/ML Dortmund.

„Heute am 28. 10. hatten wir an der Pädagogischen Hochschule in Dortmund Vollversammlung. Unter dem Tagesordnungspunkt „DGB-Demonstration am 8. November" referierte ein Bonze von der DGB-Jugend über die Sicherheitsvorkehrungen, die der DGB bei dieser Demonstration ergreifen will.

Er sagte, es wäre in diesem Jahr mehr als in der letzten Zeit notwendig, Sicherheitsvorkehrungen gegen eine Gegenagitation der „Radikalen" zu machen. Früher kam der DGB noch mit einem geringen Polizeiaufgebot aus. Jetzt hieße es aber, mit aller Entschiedenheit gegen die Radikalen vorzugehen.

Dann zählte er auf, was der DGB-Apparat alles vorhat:

Es werden 2500 Ordner des DGB gestellt, die darauf achten werden, daß die kleinste oppositionelle Regung unterbunden wird. Die Megaphone des DGB werden speziell gekennzeichnet, jedes andere auftauchende Megaphon soll den Leuten möglichst abgenommen werden. Besondere Vorkehrungen wollen diese Schläger bei der Kundgebung in der Westfalenhalle durchführen. Auch für die Westfalenhalle wurde angedeutet, daß ein riesiges Polizeiaufgebot da sein wird, um jegliche Störung zu unterbinden. Diese Offenherzigkeit des DGB-Bonzen war ein großer Fehler für sie. Denn wir konnten daran anknüpfend gut entlarven, was damit gemeint ist, wenn der DGB-Apparat als „Kampfinstrument" der Arbeiter gepriesen wird. Dann sprach ein Student, der erzählte, er hätte früher auch bei Hoesch gearbeitet, wo ja bekanntlich schon lange die Mitbestimmung eingeführt ist. Dort wissen die Arbeiter genau, daß die Mitbestimmung für sie nicht einen Fingerbreit gut ist.

Die DGB-Bonzen fühlten sich in die Enge gedrängt, und versuchten, uns dann lächerlich zu machen. Sie erzählten, die KPD/ML würde aufrufen, nicht an der Demonstration teilzunehmen, die würde stattdessen dafür agitieren, daß die Arbeiter zu Hause blieben, und würde die Arbeiter auf ein Übermorgen vertrösten, auf die Revolution, und heute nichts machen. Die KPD/ML wären nur Großschwätzer. Um das den Studenten zu „beweisen", wollte der Bonze einen Satz aus dem Flugblatt zitieren. Doch es wurde verlangt, daß er dann aber mehr davon zitieren müßte. Der Bonze las also mehr als eine halbe Seite des Flugblatts vor, was aber eben nicht zum Ergebnis hatte, daß die Studenten lachten. Ganz im Gegenteil hörten sie zu und der Bonze mußte sich dann einen neuen Witz ausdenken, um uns irgendwie lächerlich zu machen. In der Hauptseite hat der Bonze, ohne es zu wollen, uns genützt, denn wir hätten auf der Vollversammlung bestimmt nicht die Möglichkeit gehabt, eine halbe Seite unseres Flugblatts vorzulesen, und so bekamen es alle Studenten der Vollversammlung mit.

Werkszeitungen

Sprachrohre der Kapitalisten

Vor kurzem fand das 8. Bundestreffen der „Arbeitsgemeinschaft der deutschen Werkredakteure" statt. Dieses Treffen diente dazu, die Werkzeitungen, die ja in fast jedem größeren Betrieb erscheinen, neu auszurichten. Jeder Kollege kennt diese Schmierblätter der Kapitalisten, die sie uns sogar umsonst zustecken, was sonst gar nicht die Art der Kapitalisten ist. Aber die Kapitalisten verfolgen mit diesen Blättern ganz bestimmte Ziele.

So wird uns in diesen Zeitungen ständig die Arbeitswelt in den rosigsten Farben geschildert. Aber die Kurzarbeit, die Massenentlassungen, die über eine Million Arbeitslose usw. all das läßt sich nicht mehr verleugnen, dazu kommt der wachsende Haß der Arbeiter gegen den Kapitalismus. Deshalb sagte Schleyer vom Arbeitgeberverband auch ganz deutlich: „In Rezessionszeiten ist es nötiger denn je, das innerbetriebliche Kommunikationswesen in voller Funktion zu erhalten." Und Meier, der Sprecher der Siemens AG meinte: „Die nackte Information und die Kommentierung sogenannter ‚heißer Eisen' stehe stärker im Vordergrund als in früheren Jahren."

Natürlich, das Bild von der heilen Arbeitswelt, das paßt jetzt nicht mehr. Jetzt müssen die Kapitalisten die Notwendigkeit der Kurzarbeit, der Entlassungen usw. glaubhaft machen, nach dem Motto: „Was für den Kapitalisten gut ist, das ist auch für die Arbeiter gut"; „jeder muß Opfer bringen, um die Krise gemeinsam zu überwinden."

Vor allem sollen die kapitalistischen Schmierblätter gegen die kommunistische Agitation und Propaganda, gegen die Betriebszeitungen der Partei verstärkt eingesetzt werden. So verwies Rodenstock, Vizepräsident vom Bund Deutscher Industrieller, auf die „Konkurrenz" durch die „Kampfzeitschriften der roten Agitatoren" vor den Toren.

„Für die im Gegensatz dazu stehenden Werkzeitschriften und Zeitungen gelte es, den Informationsvorsprung zu nutzen", sagte er.

Die Kapitalisten befürchten natürlich, daß angesichts der Krise und der Agitation und Propaganda der Partei immer mehr Arbeiter den Weg des revolutionären Klassenkampfes gehen und sich nicht von dem demagogischen Geschwätz beirren lassen. So stellten die Herren Werkredakteure fest, daß überall, wo Entlassungen drohten, die „linken Betriebszeitungen" immer häufiger gelesen würden. Deshalb wollen sie jetzt mit den Betriebsräten und dem Gewerkschaftsapparat gemeinsam die Werkszeitungen gestalten. „Beide Seiten müßten zu Wort kommen", sagte ein Vertreter der Werkzeitungen, wobei so getan wird, als würde der Gewerkschaftsapparat auf Seiten der Arbeiter stehen. Ein Vertreter warnte davor, die Werkszeitungen lediglich zum Lautsprecher der Unternehmensleitung zu machen. „In keinem Fall dürfe die Werkszeitung gegen den Betriebsrat gemacht werden."

Hieran sieht man wieder deutlich, wie der Betriebsrat und der Gewerkschaftsapparat als Instrumente der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse eingesetzt werden, indem sie mit Hilfe der Kapitalistenblätter gegen die Arbeiter und die Kommunisten vorgehen sollen.

Siemens-Kolleginnen kämpfen

Für Betriebsversammlungen im Interesse der Kollegen

Korrespondenz. Bisher waren die Belegschaftsversammlungen bei Siemens in Witten immer nur eine Sache des Betriebsrates und der Geschäftsleitung. Sie fanden erst kurz vor Feierabend statt; der Betriebsrat hielt lange Reden, dann sprach die Geschäftsleitung und zum Schluß noch ein Gewerkschaftsbonze, meist der Oberbürgermeister von Witten. Für die Kolleginnen war dann gar keine Zeit mehr zu sprechen, und so recht wußte dann auch keiner mehr, was man da sagen sollte.

Diesmal aber lief es anders. Wir haben viele Probleme: Ein neues Lohnsystem, Rationalisierungen und Akkordkürzungen, der Wunsch der Kollegen einer Abteilung, neue Vertrauensleute zu wählen, der Arbeitsgerichtsprozeß gegen unsere Kollegin und Rote Betriebsrätin Annette Schnoor, schlechte Kantinenverpflegung u. a. Diese Probleme kann man nicht unter dem Punkt Verschiedenes am Schluß der Vorstellung des Betriebsrates und der Geschäftsleitung abhandeln.

Wir hatten die Gängelei und Verhöhnung durch den Betriebsrat satt; es wurden die Forderungen aufgestellt: **Vorverlegung der Belegschaftsversammlung auf 9 Uhr! Kein Vortrag der Geschäftsleitung! Sofortiger Eintritt in die Diskussion unserer Forderungen!** Die KPD/ML unterstützte diese Forderungen mit einem Extrablatt des ROTEN LAUTSPRECHER, der zu einer Unterschriftensammlung für diese Forderungen aufrief. In den nächsten zwei Tagen kamen 180 Unterschriften (10% der Gesamtbelegschaft!) zusammen. Der Betriebsratsvorsitzende versuchte krampfhaft, die Initiatoren dieser Sammlung zu finden. „Die werden fristlos entlassen" drohte er, aber er hatte keinen Erfolg. Und als die Unterschriftensammlung einer Abteilung von einer korrupten Jugendvertreterin gestohlen wurde, war kurz darauf eine neue komplette Liste vorhanden!

Die Betriebsratsclique um Rein und Sander lehnte die Forderungen nach Vorverlegung natürlich ab. Die Belegschaftsversammlung sei Sache des Betriebsrates, und das Eingreifen der Belegschaft ungesetzlich!

Aber Angst hatten sie doch. So kamen sie mit einer neuen Masche! Bei der Belegschaftsversammlung müsse es schön demokratisch zugehen, alle dürfen nur 10 Minuten reden, auch die Geschäftsleitung. Sie konnten aber nicht verhindern, daß ihr Zusammenspiel mit den Siemens-Kapitalisten auf dieser Versammlung heftig angegriffen wurde. Dies war ein kleiner Anfang, um die Belegschaftsversammlung zu einem Forum für unsere Interessen gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung zu machen, und zum Kampf dagegen aufzurufen.

Aber Belegschaftsversammlungen sind nicht das Entscheidende. Das Entscheidende muß unsere eigene revolutionäre Organisierung im Betrieb sein, in den Abteilungen. Die Unterschriftensammlung war ein erfolgreicher Anfang. Sie bewies unsere Bereitschaft, uns zusammenzuschließen, um für unsere berechtigten Forderungen zu kämpfen. Und das hat den Herren der Geschäftsleitung und ihren Handlangern auch einen ordentlichen Schrecken eingejagt.

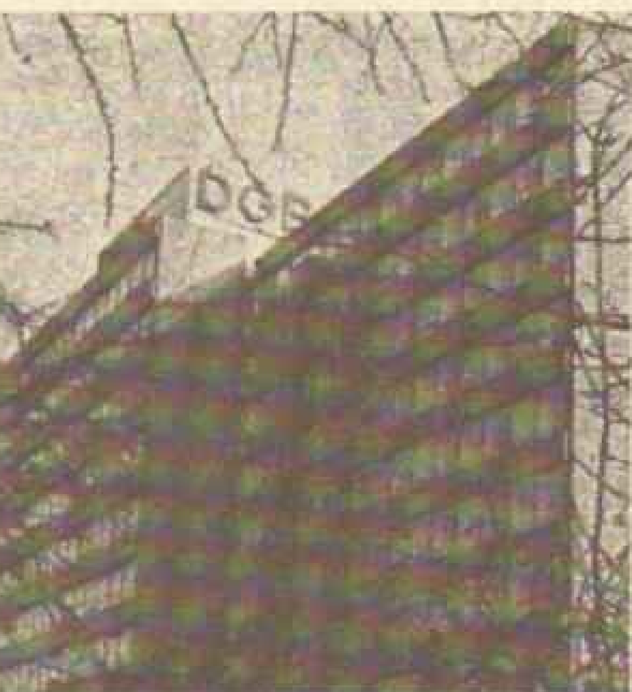
Gewerkschaftsbeiträge mit Gerichtsvollzieher eingeholt

Weil die arbeitslose Arbeiterin Erika G. ihren Gewerkschaftsbeitrag nicht eingezahlt hatte, schickten die Gewerkschaftsführer der Gewerkschaft Nahrung, Genuß und Gaststätten ihr den Gerichtsvollzieher auf den Hals wie es Kapitalisten zu tun pflegen, wenn wir Zahlungen nicht nachkommen.

Die Kollegin war seit Dezember 1974 arbeitslos, weil die Magarinefabrik, in der sie gearbeitet hatte, stillgelegt wurde. Sie wurde wie ihre anderen Kollegen auf die Straße geworfen und bekam lediglich 98,50 DM Arbeitslosenunterstützung, also nicht einmal 500 DM im Monat zum Leben. Sie hatte seit ihrer Entlassung keinen Gewerkschaftsbeitrag mehr bezahlt, deshalb setzten die Gewerkschaftsführer den Gerichtsvollzieher auf sie an. Der unverschämte Kommentar einer dieser Gewerkschaftsführer: „Wer den Kündigungstermin versäumt, muß seinen Beitrag weiterzahlen, für ein Jahr."

Das ist aber kein Einzelfall. Eine Kollegin, die in der DAG organisiert war, konnte aus familiären Schwierigkeiten ihren Beitrag nicht mehr bezahlen. Sie bat ihren Betriebsrat, er solle mit der DAG reden, um eventuell die Beiträge stunden zu lassen. Er sagte, die Sache ginge schon in Ordnung. Als sie neulich abends nach Hause kam, dachte sie, es trifft sie der Schlag, als sie hört, daß der Gerichtsvollzieher da war, um die Gewerkschaftsbeiträge zu pfänden.

Diese Praktiken der Gewerkschaftsführer sind eine bodenlose Unverfrorenheit den Arbeitern gegenüber, die zum großen Teil nicht wissen wie sie ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen. Gleichzeitig erhöhen sie noch heimlich die Gewerkschaftsbeiträge, ohne daß die Arbeiter überhaupt gefragt werden. Die Bonzen zeigen hier für jeden offensichtlich, daß ihnen die Lage der Arbeiter vollkommen egal ist. Ihr Interesse ist es, genau wie das der Kapitalisten, unser Geld einzusacken, Geschäfte zu machen, Konzerne aufzubauen, Profite zu raffen. Diese Gewerkschaftsführer samt ihrem ganzen Apparat sind keine Interessenvertreter der Arbeiter, sondern Feinde der Arbeiterklasse.



Paläste des imperialistischen DGB-Apparates, finanziert durch Arbeitergroschen.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Die Großen erscheinen nur so groß, weil wir auf den Knien liegen.
ERHEBEN WIR UNS! (Karl Marx)

ROTER STURM



Stadtteilzeitung der KPD/ML für Nippes

SANIERUNG IN NIPPES: STÜCK FÜR STÜCK – STRASSE FÜR STRASSE!

Daß die B-Zentrumspläne weiterhin Schlag um Schlag durchgesetzt werden sollen, zeigen die neuesten Aktionen der Kapitalisten und ihres Stadtverwaltungsapparates: Am 29. November wird die Neußer Straße erneut gesperrt. In der Siebachstraße werden die Leute „aufgeklärt". Dort brachte die Stadt an verschiedenen Häusern Schilder an:



Schon einmal wurde versucht, mit Würstchenbuden und Luftballons unter den Nippesern Freunde zu finden für das geplante Profitparadies von Kaufhof und Konsorten, doch die Kehrseite der Medaille trifft die Nippeser hart:

Da soll das letzte bißchen Grün mit 192 Schrebergärten an der Inneren Kanalstraße der Stadtautobahn weichen. Da sollen die Häuser der Nelken-, Wilhelm-, Gartenstraße dem Kaufhof-Parkhaus zum Opfer fallen. Wenn die Neußer Straße ständige Einkaufsstraße wird, werden Häuser der Niehler- und Kempener Straße weggefegt zur Straßenverbreiterung. Hinweggefegt – natürlich auch die Bewohner dieser Häuser in die Wohnsilos der Trabantenstädte. Alles im Dienste des Kapitals, gegen die Wünsche der Nippeser. Denn auf der öffentlichen Anhörung, die der Stadtrat veranstaltete, nach der ersten Sperrung der Neußer Straße, war außer den Geschäftsleuten selbst keiner begeistert von ihren Plänen. Die meisten hatten ihre Absichten durchschaut und protestierten gegen die Pläne. Wie verlogen ihr scheindemokratisches Spielchen mit der Anhörung war, zeigte sich erneut am 29. November.

Da wollen die Kapitalisten Reibach machen in Nippes und schon rennen und planen ihre Handlanger in der Stadtverwaltung: ein Parkhaus, neue Geschäftshäuser, die Stadtautobahn, Schließung von Straßen – kurz: Sanierung im Interesse der Kapitalisten. Das ist in der Innenstadt dasselbe wie im Severinsviertel und in Nippes. Überall werden die Bewohner belogen und betrogen. Das ist die Konsequenz im Kapitalismus für uns. Wir können uns ein Leben nach unseren Vorstellungen erst aufbauen, wenn wir die Kapitalisten und ihre Handlanger vertrieben haben, wenn wir die Macht in unseren Händen halten.

Die betroffenen Nippeser schlossen sich damals zusammen und erzielten auch kurzfristig Erfolge. Zum Beispiel wurden die Pläne um 6648 noch nicht in die Tat umgesetzt.

Die Bonzen waren gezwungen, sich neue Taktiken zu überlegen, nämlich nach dem Motto „ein Haus nach dem anderen". Was dabei herauskommt, sieht man jetzt schon an den Betonklötzen auf der Neußer Straße.

Wir Nippeser dürfen uns nicht täuschen lassen und müssen diese Angriffe abwehren. Nehmen wir uns ein Beispiel an dem konsequenten Kampf der Leute in Wyhl.

Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will!



SCHWUNG RAD

BETRIEBSZEITUNG DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS / MARXISTEN-LENINISTEN (KPD/ML) für KHD

WOFÜR REAKTIONÄRE BETRIEBSRÄTE BEZAHLT WERDEN

Alle Betriebsräte der Liste 1 sind von der Arbeit befreit. Sie machen nur Betriebsratsarbeit.

Manche Kollegen meinen dazu: „Diese Herren liegen nur auf der faulen Haut und verdienen ihr Geld im Schlaf." Das stimmt aber nicht ganz!

Denn wo gibt es Kapitalisten, die ihr Geld anlegen ohne daß sie davon einen Gewinn haben?

Kürzlich war ein Roter Betriebsrat im Geschäftsbüro vom Betriebsrat um sich Protokolle der Betriebsratssitzungen vorzuknüpfen. Die Protokolle wurden ihm zwar ausgehändigt, doch wurden eigens deshalb zwei Betriebsräte (Kröger) der Liste 1 herangeholt zur Bewachung des Roten Betriebsrates. Sie hatten die Anweisung zu verhindern, daß er sich Notizen von den Protokollen macht, die für die Kollegen interessant sind. 1 1/2 Stunden mußten die beiden abwechselnd Wache schieben und eingreifen falls der Rote Betriebsrat doch Feder und Papier zur Hand nahm.

1 1/2 Stunden, die sie von der Geschäftsleitung bezahlt bekommen für „wichtige" Betriebsratsarbeit.

1 1/2 Stunden, die wir für sie mitarbeiten müssen.

1 1/2 Stunden, zu denen sie nachher sagen werden, die haben wir gebraucht um die Interessen der Belegschaft zu vertreten.

Kollegen! Dieses Beispiel ist kein Einzelfall. Die reaktionären Betriebsräte der Liste 1 bekommen ihr Geld sicherlich nicht nur fürs Faulenzen. Sie bekommen ihr Geld aber auch nicht für ehrliche Arbeit, sondern wie hier dieses Beispiel zeigt, für die Bewachung der Roten Betriebsräte, damit nichts unter den Kollegen bekannt wird, was zum Schaden des Betriebsrates und der Geschäftsleitung sein könnte.

Revisionistisches

UNSICHERE ZUKUNFT FÜR STUDENTEN

Die Zukunft der Studenten, die Fakultäten in den Ländern beenden, in denen revisionistische Cliquen herrschen, wird immer unsicherer. Dies mußte unlängst die ungarische Presse selbst zugeben. In einem Artikel hob die Zeitung „Magyar Hirlap" vor einiger Zeit hervor, daß zahlreiche Studenten gezwungen sind, die den Zweig Maschinenbau beendet haben, völlig andere Arbeiten zu verrichten. Viele von ihnen sind Taxichauffeure, Einrichter oder andere Arbeiter geworden, die überhaupt nichts mit der von ihnen in der Schule erhaltenen Ausbildung gemein hat. Dies geschieht nicht, weil die Studenten nicht ihren Beruf als Ingenieur ausüben wollen, sondern weil die herrschenden Kreise sich nicht darum kümmern, daß die Studenten entsprechend Arbeit erhalten. Dieses Übel trifft heute in den kapitalistischen wie auch revisionistischen Ländern immer mehr in Erscheinung. Dies ist eine Erscheinung der kapitalistischen Welt, die immer mehr durch die allgemeine Krise zerfressen wird.

SIEBEN ERNTEN IM JAHR?

Zwei Witze, die über die russischen Sozialimperialisten und über die Entartung der DDR erzählt werden:

Anfrage an den sowjetischen Landwirtschaftsminister: Ist es wahr, daß man im Jahr sieben Ernten einbringen kann? Der Landwirtschaftsminister: Im Prinzip nein. Doch hier in der Sowjetunion ist es möglich! Wir ernten erst bei uns, dann in der DDR, in Polen, in der CSSR, in Ungarn . . .

In Ostberlin kommt ein Mann an einen Zeitungskiosk: „Ich hätte gern das ‚Neue Deutschland' ". Antwortet der Zeitungsverkäufer: „Haben wir leider nicht mehr!" „Dann möchte ich gern den ‚Freien Bauern' ". Doch der Verkäufer im Kiosk: „Den gibt es auch nicht mehr." Daraufhin der Mann ungeduldig: „Ja, wann gibt es denn den ‚Freien Bauern' wieder?" Der Kioskbesitzer: „Wenn es das neue Deutschland gibt."

SPORT FÜR REICHE

Anläßlich eines Reitturniers in Westdeutschland, an dem auch eine Mannschaft aus der Sowjetunion teilnahm, wurde einer der russischen Reiter interviewt. Er bekräftigte, daß der Reitsport auch in der Sowjetunion beliebt sei. Auf die Frage, was das denn kosten würde, wenn man diesen Sport betreibt, gab er zur Antwort: 600 Rubel. Um klarzustellen, wer in der Sowjetunion auf wessen Kosten diesen Sport betreibt, ist nur zu ergänzen, daß der Durchschnittsverdienst eines Arbeiters 200 bis 300 Rubel im Monat beträgt.

BUNGALOW-AUSTAUSCH IN DER DDR

Wie offen Vertreter der Neuen Bourgeoisie in der DDR sich ihre „Objekte", die sie der Arbeiterklasse geraubt haben, gegenseitig anbieten, zeigt die folgende Anzeige aus dem „Neuen Deutschland":

> Bieten für die Sommersaison 1976 in Lenzen (Mecklenburg) einen am See gelegenen massiven, komfortabel eingerichteten
>
> **Bungalow**
>
> mit Propangas Kühlschrank, fließendem Warm- und Kaltwasser, Dusche und WC, Fernsehgerät und Ruderboot für 4–5 Personen.
>
> **Suchen gleichwertiges Objekt** an der Ostseeküste oder im Gebirge.
>
> **ND 117 DEWAG, 1054 Berlin**

Haltung der KPD/ML zu Bremer Wahl

Antwort an die "Rote Fahne"

In der „Roten Fahne" Nr. 42 erschien ein Artikel mit der Überschrift „Die Haltung der KPD/ML zur Bremer Wahl". Dieser Artikel ist die Antwort der „Roten Fahne"-Redaktion auf den Leserbrief eines Bremer Arbeiters, der aufgrund eines Wahlflugblattes der KPD/ML bei den Bremer Bürgerschaftswahlen die GRF (KPD) gewählt hat. Der Kollege kritisierte in seinem Leserbrief sinngemäß, die „Rote Fahne" habe der Sache der Einheit der Marxisten-Leninisten einen schlechten Dienst erwiesen, als sie die Unterstützung der GRF durch unsere Partei mit Schweigen überging.

Der Artikel endet mit den Worten: „Deshalb ist das Vorgehen der KPD/ML in Bremen schädlich und erfordert eine Selbstkritik." Worin soll nun das schädliche Verhalten unserer Partei bestanden haben? Natürlich hat unsere Partei die Bremer Bürgerschaftswahlen in erster Linie benutzt, ihre revolutionäre Linie unter den Massen zu verbreiten und hat erklärt, daß die Frage der Stimmabgabe dagegen zweitrangig ist. **Unserer Partei vorzuwerfen, daß sie sich nicht als Wahlhelfertrupp der GRF verstanden hat, ist absurd.**

Die „Rote Fahne" behauptet, wir hätten die GRF in unserem Wahlfaltblatt des parlamentarischen Kretinismus beschuldigt. Diese Behauptung ist schlicht falsch. Unsere Partei hat den propagandistischen Hauptschlag gegen den Parlamentarismus gerichtet, wie sie es immer tut, wenn sie in den bürgerlichen Wahlrummel eingreift. Sie hat KBW und GRF kritisiert, weil sie in ihrer Wahlagitation den Eindruck zu erwecken suchen, sie würden in die Bürgerschaft einziehen.

Ferner wirft uns die „Rote Fahne" vor, daß wir auch den KBW als revolutionäre Organisation bezeichnet und nicht als trotzkistisch abgetan haben. **Allerdings halten wir es für falsch, Organisationen wie den KBW oder den KABD als Feinde zu behandeln.** Ein solches Vorgehen schadet der Einheit der revolutionären Bewegung und der Einheit der Marxisten-Leninisten. Unsere Partei hat in der Vergangenheit solche Fehler gemacht – auch in ihrer Behandlung der GRF. Damals hat die GRF den russischen Sozialimperialismus und den modernen Revisionismus keineswegs weniger verharmlost als es heute der KBW tut. Wir freuen uns, daß die GRF ihre falsche Linie in wichtigen Fragen korrigiert hat, aber das bedeutet nicht, daß jene Organisationen, die das noch nicht getan haben, im Lager der Konterrevolution stehen.

Wenn die „Rote Fahne" kritisiert, daß die Partei zu spät in den Bremer Wahlkampf eingegriffen habe, läßt sich darüber natürlich diskutieren. Unsere Partei hat der Bremer Wahl keine besonders große Bedeutung beigemessen. Der Entschluß, erstmalig bei einer Wahl, bei der die KPD/ML nicht selbst kandidiert, nicht zum Wahlboykott aufzurufen, erforderte allerdings eine Entscheidung der Zentrale. In den verbleibenden Wochen aber hat unsere Partei allein von den Wahlfaltblättern, in denen zur Stimmabgabe für die GRF aufgerufen wurde, 50 000 gesteckt. Sie hat eine Wahlversammlung mit rund 300 Teilnehmern durchgeführt, auf der ebenfalls zur Stimmabgabe für die GRF aufgerufen wurde und auf der ein Vertreter der GRF gesprochen hat. Im ROTEN MORGEN wurde ebenfalls zur Stimmagabe für die GRF aufgerufen.

Die „Rote Fahne" nützt eine mißverständliche Formulierung in dem Wahlfaltblatt aus, um zu behaupten, unsere Partei hätte nur diejenigen, die nicht für die KPD/ML gewonnen werden konnten und zwischen GRF und KBW geschwankt hätten, aufgerufen, GRF zu wählen, wenn sie sich nicht zum Wahlboykott entschließen könnten. Der Brief des Bremer Arbeiters zeigt, daß man die Formulierung nicht so mißverstehen muß, wenn man nicht unbedingt nach einem Haken sucht. **Im Übrigen wissen zumindest die Bremer Genossen der GRF sehr genau, daß auch die Mitglieder und Sympathisanten unserer Partei aufgefordert waren, die GRF zu wählen und das auch getan haben.** Die Genossen der GRF mögen selbst entscheiden, ob die Haltung der KPD/ML oder die der „Roten Fahne" in dieser Frage schädlich für die Einheit der Marxisten-Leninisten ist.

Sofort einen deutschen Paß für Sascha

Interview mit der ROTEN GARDE München

Wie wir bereits im ROTEN MORGEN berichteten, hat die ROTE GARDE in München verstärkt den Kampf für die Einbürgerung des Genossen Sascha aufgenommen, den die westdeutsche Bourgeoisie an die Henker des Schah ausliefern will. Als Vorwand dafür dient die Tatsache, daß Saschas Vater Perser ist. Der wahre Grund aber ist, daß Sascha, der in München geboren wurde und kein Wort persisch spricht, abgeschoben werden soll, weil er Kommunist ist.

Der ROTE MORGEN sprach aus diesem Anlaß mit einem Münchner Rotgardisten.

RM: Das Ausländeramt in München hat jetzt erneut einen Antrag Saschas, versehen mit seiner Unterschrift, zurückgeschickt. Sascha solle selbst erscheinen oder seine Unterschrift beglaubigen lassen, hieß es. Dabei weiß das Ausländeramt natürlich ganz genau, daß aufgrund seiner Verschleppungstaktik der Paß von Sascha und seine Aufenthaltserlaubnis inzwischen abgelaufen sind. Die Partei und besonders die ROTE GARDE in München hat daraufhin verstärkt den Kampf für einen deutschen Paß für Sascha aufgenommen. Warum fühlt sich die ROTE GARDE München für Sascha besonders verantwortlich?

Rotgardist: Wir Rotgardisten aus München haben Sascha gegenüber eine besondere Verantwortung. Wir haben mit ihm zusammen gekämpft und er ist seit langer Zeit mit uns befreundet. In der Vergangenheit haben wir manchmal nicht so entschlossen für ihn gekämpft, wie es möglich gewesen wäre. Deshalb stand jetzt für uns fest, daß wir diese Fehler mit besonderem Einsatz wiedergutmachen.

RM: Was für Aktionen habt ihr Euch überlegt?

Rotgardist: Als erstes haben wir natürlich Flugblätter verteilt, Parolen gespritzt und ein von uns selbst entworfenes Plakat geklebt. Zusätzlich haben wir einen Stand geplant und durchgeführt. Um gezielt die Pressesperre über Saschas Fall zu durchbrechen, haben wir uns folgende außergewöhnliche Aktionen ausgedacht. Am Samstagmorgen während eines Großeinsatzes zusammen mit der Partei zu Sascha in der Fußgängerzone in München haben wir am Stachus ein Transparent mit Ballons steigen lassen, was großes Aufsehen erregt hat. Vorläufiger Höhepunkt war eine Aktion in der Bahnhofshalle des Münchner Hauptbahnhofes. Vor den Augen der verdutzten Bahnpolizisten schwebte ein großes Transparent bis an das Dach der Halle und blieb dort für jedermann sichtbar hängen. Zusätzlich wurden blitzschnell Flugblätter zu Sascha verteilt. Bevor die Bahnpolizisten begriffen, was da stattfand, waren alle Genossen weg wie der Blitz.



Dazu gehört Mut! Hoch oben am „Alten Peter" in München haben Rotgardisten ein Transparent angebracht, das einen deutschen Paß für Sascha fordert.

RM: Du sagst vorläufiger Höhepunkt . . .

Rotgardist: Sicher, denn wir werden natürlich in den nächsten Tagen alles daran setzen, um zu erreichen, daß Sascha seinen Paß bekommt und wieder bei uns in der ROTEN GARDE kämpfen kann.

RM: Wir wünschen Euch von ganzem Herzen Erfolg in Eurem Kampf.

Sachbearbeiter im Ausländeramt

"Das ist auch richtig so!"

Korrespondenz. Am 29. 10. rief ich im Ausländeramt München an und zwar direkt bei dem zuständigen Sachbearbeiter – Buchstabe H. Als ich diesem sagte, daß ich wegen Sascha Haschemi anrief, sagt dieser Mann sofort: „Hören Sie mal, jetzt reicht's mir aber! Wegen diesem Haschemi rufen jetzt jeden Tag so viele an, daß man gar nicht mehr zum Arbeiten kommt." Ich sagte: „Ich protestiere gegen die unrechtmäßige Verweigerung eines deutschen Passes für Alexander Haschemi, die nur bedeutet, daß Sie ihn an das faschistische Regime im Iran ausweisen wollen." Der Typ darauf: „Das ist auch richtig so." Als ich ihm sagte, daß das den Tod von Sascha bedeuten kann, sagte er: „Das ist sowieso das Sicherste!"

Bleibt noch hinzuzufügen, daß sich bei vielen Genossen, die am Freitag die Durchwahl direkt zum Bearbeiter des Buchstaben H wählten, nicht dieser, sondern das Polizeipräsidium München meldete.

Vom Aufbau des Sozialismus

ZUM 30. GRÜNDUNGSTAG DES VERBANDES DER SCHRIFTSTELLER UND KÜNSTLER ALBANIENS

Vor 30 Jahren wurde der Verband der Schriftsteller und Künstler Albaniens gegründet. Zu Ehren dieses Jubiläums wurde in Tirana am 25. Oktober eine feierliche Versammlung veranstaltet, an der zahlreiche Schriftsteller, Maler und Komponisten sowie Vertreter der Arbeiterklasse usw. teilnahmen. Der Versammlung wohnten ebenfalls bei das Politbüromitglied und Sekretär des Zentralkomitees der Partei Ramiz Alia, der Kandidat des Politbüros und stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats Xhafer Spahiu und weitere Genossen. In seiner Festansprache sagte der Vorsitzende des Verbandes der Schriftsteller und Künstler Albaniens Dritero Agolli, daß die Geschichte der drei Jahrzehnte des Bestehens der Organisation der Schriftsteller und Künstler Albaniens eng mit dem Kampf der Partei der Arbeit Albaniens für den Aufbau des Sozialismus und um die Revolution voranzutragen, verbunden sind. Der Verband der Schriftsteller und Künstler Albaniens, sagte er, wurde von der Partei der Arbeit Albaniens gegründet, um zu einem großen Zentrum der Begeisterung für alle Schriftsteller zu werden, um eine einheitliche Auffassung über die Rolle der Kunst in der Gesellschaft zu haben, um auf der Grundlage der Methode des sozialistischen Realismus auszuschreiten und das hohe Prinzip der proletarischen Parteilichkeit den nationalen volkstümlichen Geist, den sozialistischen Charakter und die Klassentendenz einer kämpferischen Literatur und Kunst für die Sache des Sozialismus und Kommunismus praktisch und theoretisch in die Tat umzusetzen. Die Erfolge der albanischen Literatur und Kunst, betonte Dritero Agolli, bestätigen die weitsichtige Politik der Partei der Arbeit Albaniens und des Genossen Enver Hoxha auf diesem Gebiet. Ohne eine marxistisch-leninistische Anleitung, ohne eine korrekte und weise Orientierung gerät die Kunst und Literatur in eine Sackgasse, verirrt sich und entartet. Die Praxis der Länder, in denen die revisionistischen Parteien an der Macht sind, wie in der Sowjetunion und anderswo, zeigt sehr gut, wie ihre Literatur und Kunst entartet ist.

In der Begrüßung des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens an den Verband der Schriftsteller und Künstler Albaniens zu dessen 30. Gründungstag heißt es, daß die Gründung des Verbandes der Schriftsteller und Künstler einen historisch bedeutenden Moment darstellt, um unsere neue Literatur und Kunst auf dem sozialistischen Weg weiterzuentwickeln, den ihnen der nationale Befreiungskampf und der Triumph der Volksrevolution eröffnet hatte. Unsere Kunst des sozialistischen Realismus, heißt es in der Begrüßung, spielen nach wie vor bei der kommunistischen Erziehung und Mobilisierung der Massen für den Aufbau des Sozialismus eine große Rolle. In der Begrüßung kommt die feste Überzeugung zum Ausdruck, daß die albanischen Schriftsteller und Künstler, die sich stets vom Marxismus-Leninismus und den Lehren der Partei der Arbeit Albaniens und des Genossen Enver Hoxha leiten lassen, im Gleichschritt mit dem Volk und der Revolution vorangehen, die Widersprüche und Probleme, die das Volk hat und löst, vom revolutionören Standpunkt widerspiegeln, den großartigen und ewigen Kampf der Partei der Arbeit Albaniens und der Massen gegen die imperialistisch-revisionistische Einkreisung lebendig schildern werden, daß die Kämpfer und Soldaten der proletarischen Kunst entschlossene und unversöhnliche Kämpfer gegen die dekadente, bürgerliche und revisionistische Kunst sein werden.



BREMEN

Korrespondenz. Am 22. 10. 75 wurde Wolfgang Quante zu 4 1/2 Jahren Jugendstrafe verurteilt. Warum? Er soll zum engeren Sympathisantenkreis der RAF gehören, unerlaubt Waffen besessen und eine Sprengung verursacht haben.

Seit einem Jahr sitzt Wolfgang in U-Haft, weil im letzten Jahr in einer Wohnung in der Pappelstraße in Bremen eine Bombe explodierte, an der er mit einem anderen gebastelt haben soll. Jetzt wurde ihm der Prozeß gemacht, nachdem die ehemalige Turnhalle der Strafanstalt in eine Festung ähnlich Stammheim umgebaut worden war.

Nachdem die bürgerliche Presse sich bemühte, Wolfang als jugendlichen Wirrkopf darzustellen (es wurde dauernd betont, Wolfgang wäre auf der Entwicklungsstufe eines 18-jährigen) und ein Desinteresse der Bevölkerung (die wenigen Anwesenden langweilten sich!) „feststellte", konnte das Urteil verkündet werden.

Zum Desinteresse der Bevölkerung: Als ich am 22. 10. zum Prozeß wollte, standen dort ungefähr noch 10 Leute, die hinein wollten. Aber keiner ist hineingekommen. Nur einige Wagen, wo die Polizisten dann immer sagten „das ist unser Chef". – von denen hatten sie eine ganze Menge! Wir wurden nicht hineingelassen.

Ein älterer Mann, der am Rande das Geschehen beobachtete, schimpfte über das arrogante, rüpelhafte Verhalten der Bullen. Besonders erbost war er, daß wir das auch noch von unseren Steuergeldern bezahlen müßten. Auf seinen Fluch: „Die, die die Macht haben . . .!!", meinte ich, so lange würde es mit deren Macht wohl nicht mehr dauern. Da strahlte er mich an und sagte: „Meinst Du nicht?!" Ein bißchen zweifelnd, aber sehr zufrieden über diese Aussicht ging er. Die ROTE HILFE in Bremen wird sich weiter um Wolfgang kümmern und auch die Partei!

Freiheit für alle politischen Gefangenen! Vorwärts mit der ROTEN HILFE DEUTSCHLANDS!

Rotfront! Eine Genossin aus Bremen

BREMEN

In Bremen ist der Prozeß gegen Prof. Jens Scheer, Landtagskandidat der GRF, und andere Genossen zu Ende gegangen. Sie waren angeklagt, weil sie eine Veranstaltung des RCDS gesprengt haben sollen. Jens Scheer wurde deswegen zu 3 Monaten Gefängnis auf Bewährung und 3000 DM Geldstrafe verurteilt.

DUISBURG

Am 29. 10. fand in Duisburg ein weiterer Prozeß gegen einen der Professoren statt, die sich im letzten Jahr mit einer Pressemitteilung gegen die Ermordung des Genossen Günter gewandt hatten. Professor Domdey hatte einen Strafbefehl über 3000 DM erhalten. In der Hauptverhandlung mußte die Anklage auf 90a fallengelassen werden. Professor Domdey wurde wegen Beleidigung zu 750 DM Geldstrafe verurteilt (s. auch nebenstehenden Artikel).

AUGSBURG

Weil sie ein Flugblatt gegen die Polizeimorde an Günter Routhier, Hans-Jürgen Remisko, Erich Dobhard und Günter Jendrian verteilt haben sollen, sind jetzt H. Knoblich und Rechtsanwalt Gildemeier (beide Kandidaten der GRF bei den Landtagswahlen) von einem Schöffengericht zu 800 bzw. 1000 DM Geldstrafe verurteilt worden. Der Staatsanwalt hatte 3 000 bzw. 10000 DM gefordert.

MELDORF

Am 28. 10. fand in Meldorf ein Prozeß gegen Genossen Peter Eisele statt, dem vorgeworfen wurde, Parolen gegen seine Entlassung aus dem Schuldienst gemalt zu haben. Die Staatsanwaltschaft gründete ihre Anklage darauf, daß bei einer Hausdurchsuchung ein Topf mit Farbe gefunden worden sei, die identisch sei mit der Farbe, mit der Parolen gegen Peters Entlassung gemalt worden seien. Im übrigen sei Peter als „Initiator verschiedener Aktivitäten der KPD/ML bekannt und der führende Kopf der KPD/ML im Dithmarschen". Im Prozeß allerdings mußte selbst der Staatsanwalt einsehen, daß seine „Beweise" etwas sehr dürftig waren. Der Prozeß endete mit einem Freispruch mangels Beweisen.

PROZESSANKÜNDIGUNGEN

Am 12. 11. findet vor einem Dortmunder Schöffengericht ein Prozeß gegen Lisa K. statt. Die Anklage lautet auf Meineid, was damit begründet wird, daß Lisa in einem Prozeß wegen der Fahrpreiserhöhungen in Dortmund vor 4 Jahren sich mit ihrer Zeugenaussage im Gegensatz zu der der Polizeizeugen befunden hat.

Am 14. 11. beginnt in Dortmund vor der Staatsschutzkammer ein Prozeß gegen zwei Genossen aus Münster. Der Prozeß war von einem Amtsgericht an die Staatsschutzkammer verwiesen worden, weil der Richter der Ansicht war, daß die Angeklagten sich absichtlich für Bestrebungen gegen den Bestand der Bundesrepublik eingesetzt hätten.

Prozeßtermin:

9 Uhr Landgericht, Zimmer 24

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzuzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Sparkasse Dortmund
Kto. Nr. 321 004 547
Stichwort: SOLIDARITÄT

SPENDEN FÜR KAMBODSCHA

Für Kambodscha gingen seit dem 26. 6. folgende Spenden auf das Konto des Vorstandes der KPD/ML ein:

26.6., Veranstaltung „Roter 1.Mai", PH-Westberlin, KSB/ML u. KSV, 30 DM – H.M., Würzburg, 25 DM – 2. 7., KSB/ML, Bochum, 11,30 DM – 2. 7., Besucher Parteibüro Dortmund, 29,77 DM – 4. 7., 1. Mai-Veranstaltung, Mannheim, 850 DM – 4. 7., E. K., Westberlin, 1000 DM – 7. 7., RG Moabit-Tiergarten, 50 DM – 7. 7., E. K., Bremen, 251,94 DM – 11. 7., KSB/ML, PH-Kiel, 26 DM – 15. 7., KSB/ML, Dortmund, 45, 34 DM – 23. 7., R. J., München, 11 DM – 24. 7., Kunden des Buchladens „Roter Morgen", Westberlin, 15 DM – 25. 7., OG Kiel, 96,27 DM – 12. 8., K. K., Essen, 20 DM – 13. 8., OG Oberhausen, 25 DM – 14. 8., Arbeitertreff Kiel-Friedrichsort, 40 DM – 18. 8., M. H., Bremen, 20 DM – 19. 8., Gäste des Alten Sängerheim, Hamburg, 163 DM – 19. 8., T. S., Westberlin, 410 DM – 25. 8., OG Frankfurt, Veranstaltung Zelle Hoechst, 350,80 DM – 3. 9., Spende eines KSV-Genossen aus Marburg, 1 DM – 5. 9., R. S., Westerland, 55 DM – 8. 9., R. K., Hanau, 30 DM – 16. 9., Erlös Schulfest Sophie Scholl Gymnasium, Oberhausen, 93 DM – 29. 9., 1. Mai-Feier, Westberlin, RG und KPD/ML, 3149 DM – 29. 9., NRW, 146 DM – 29. 9., Bielefeld/Dortmund, 3850 DM – 29. 9., ohne Angaben, 473 DM

Summe in diesem Zeitraum DM 11 207,42

Deine scharfe Waffe ROTER MORGEN

Im Oktober gingen folgende Spenden auf das Spendenkonto des ROTEN MORGEN ein:

Jugendtreff Hamburg Altona, 1. 10., 37,85 DM – Arbeitertreff Hamburg-Barmbeck, 1. 10., 38 DM – C., Wuppertal, 2. 10., 100 DM – Sympathisanten aus Kiel, 2. 10., 10 DM – W. K., Essen, 2. 10., 10 DM – M. V., Westberlin, 2. 10., 10 DM – Genosse aus Belgien, 3. 10., 4,37 DM – W. H., München, 7. 10., 50 DM – RG Wiesbaden, 8. 10., 15 DM – 2 Versicherungsangestellte, Dortmund, 10. 10., 20 DM – K. B., Wittmund, 10. 10., 100 DM – BZ, AEG-Brunnenstr., Westberlin, 13. 10., 150 DM – W. K., Busdorf, 13. 10., 40 DM – E. B., Stuttgart, 20. 10., 10 DM – W. J., Stuttgart, 20. 10., 100 DM – Parteizelle Westberlin-Neukölln, 23. 10., 500 DM – Veranstaltung in Köln, 25. 10., 82 DM – T. Sch., H. B., Dortmund, 27. 10., 130 DM

Damit wurden insgesamt im Oktober DM 1402,22 für den ROTEN MORGEN gespendet.

Prozeß gegen Martin Peleikis

Im Betrieb verhaftet-Freilassung erkämpft

Am Dienstagmittag erschien plötzlich Polizei in der Betriebsratssitzung eines Bierverlages in Kiel. Der Betriebsratsvorsitzende, Martin Peleikis, wurde verhaftet. Ohne daß er die Möglichkeit hatte, einen Rechtsanwalt anzurufen, wurde er von Kiel nach Flensburg ins Gefängnis geschleppt. Nur der Tatsache, daß die Kollegen des Genossen Martin in der Kanzlei seines Rechtsanwaltes anriefen, ist es zu verdanken, daß seine Frau und die Partei überhaupt von dieser Verhaftung erfuhren.

Diese Verhaftung war Teil eines hinterhältigen Komplotts gegen Genossen Martin. Martins Rechtsanwalt hatte dem Gericht schriftlich mitgeteilt, daß er an diesem Tag, wo Verteidigung und Staatsanwaltschaft ihre Plädoyers halten sollten, nicht kommen könne, da er einen anderen Termin habe. Da normalerweise davon auszugehen ist, daß eine solche Verhandlung nicht stattfinden kann, wenn der Rechtsanwalt verhindert ist, war Martin zu diesem Termin ebenfalls nicht erschienen. Deshalb war gegen ihn ein Haftbefehl ausgestellt worden. Aber das Gericht hatte nicht nur die Möglichkeit einkalkuliert, daß Martin nicht erscheint. Für den Fall, daß er doch gekommen wäre, hätte das Gericht sich auf den „vorsorglich bestellten" Pflichtverteidiger, den Göring-Anwalt Bross berufen können. Was für ein Plädoyer dieser Faschist gehalten hätte, ist klar.

Die Partei antwortete auf die Verhaftung Martins mit verstärkter Mobilisierung für den nächsten Prozeßtag am Freitag. Die Genossen berichten, daß durch ihre bisherige Arbeit bald jeder in Flensburg über diesen Prozeß Bescheid weiß. Am Freitag selbst wurde vor Prozeßbeginn eine Kundgebung durchgeführt. Drei Passanten kamen von dort gleich mit zum Prozeß. Dieser breiten Mobilisierung der Partei, den vielen Zuschauern, die zum Prozeß gekommen waren, ist es vor allem zu verdanken, daß das Gericht dem Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls gegen Genossen Martin stattgab.

In seinem anschließenden Plädoyer forderte der Staatsanwalt eine Strafe von 8 Monaten Gefängnis gegen Genossen Martin wegen „verfassungsfeindlicher Wehrkraftzersetzung" und „Aufruf zur Meuterei."

Angesichts der vielen Zuschauer verschob das Gericht die Urteilsverkündung auf Mittwoch, den 5. 11. Die Hoffnung auf einen leeren Zuschauerraum bei der Urteilsverkündung wird sich allerdings nicht erfüllen.

Polizeiterror in Duisburg

"Das ist ja wie bei Hitler!"

Korrespondenz. Vor dem Prozeß gegen Professor Domdey, der angeklagt war, weil er zu den Unterzeichnern einer Pressemitteilung gegen die Ermordung des Genossen Günter gehört, führte die GRF eine Kundgebung vor dem dem Gericht gegenüberliegenden Kaufhaus Karstadt durch. Ein riesiges Polizeiaufgebot war aufgefahren, an die 10 Mannschaftswagen und mehrere kleinere Polizeifahrzeuge standen bereit.

Nach einer Rede während der Kundgebung hatten sich sehr viele Passanten angesammelt. Als Professor Domdey dann rief: „Da ist die Duisburger Polizei, weil wir die Wahrheit sagen, daß Günter Routhier von der Polizei erschlagen wurde!" – kamen die Polizisten mit Helmen in Zweierreihen auf die Kundgebungsteilnehmer zu und kreisten sie ein.

Mehrere Passanten protestierten empört. Vor allem Frau Routhier, die Mutter des Genossen Günter, rief immer wieder, daß hier erneut gegen die vorgegangen wird, die gegen die Ermordung ihres Sohnes gekämpft haben. 150-200 Menschen hatten sich jetzt angesammelt. Immer wieder hörte man: „Das ist ja wie bei Hitler!" Eine Frau, die vorher auf die Kommunisten geschimpft hatte, schloß sich jetzt dem Protest an.



Selbst vor einem Kind macht der Polizeiterror nicht halt.

Als die Polizisten dann gegen die Kundgebungsteilnehmer vorgingen, versuchten eine Reihe Passanten, sich dazwischenzustellen. Viele riefen: „Helft ihnen doch!" Die Polizisten versuchten äußerst brutal, möglichst viele Personen festzunehmen: Eine Frau schrie, weil sie an den Haaren weggezogen wurde; ein junges Mädchen wurde so heftig in den Polizeiwagen geworfen, daß sie mit dem Kopf aufschlug und das Bewußtsein verlor. Insgesamt 14 Personen wurden festgenommen, darunter auch Professor Domdey.

Unter den Passanten, die sich angesammelt hatten, war auch eine Frau mit einem 9-jährigen Mädchen. Nachdem die Polizisten ihren Einsatz abgebrochen hatten, wollte sie zur Straßenbahn gehen. Plötzlich rissen ihr Polizisten das Kind, das sie an der Hand hielt, weg. Die Mutter protestierte und setzte sich zur Wehr, so daß die Polizisten das Kind wieder freigeben mußten. Kaum waren die beiden aber einige Schritte weitergegangen, als die Polizisten sich noch einmal auf das Mädchen stürzten und ihm eine Plastiktasche aus der Hand rissen, in der das Mädchen einen Malblock trug. Offensichtlich hatten die Polizisten geglaubt, es seien Flugblätter darin.

Die Frau gab anschließend Genossen der GRF ihre Adresse, um sie bei den zu erwartenden Prozessen mit ihrer Zeugenaussage zu unterstützen.

Prozeß gegen Hanfried Brenner

Staatsanwalt fordert ein Jahr Gefängnis

Fortsetzung von Seite 1

. . . Was hat es denn für Verletzungen beim Angeklagten und bei vielen anderen gegeben?" Man glaube ja nicht, der Staatsanwalt habe Günter Routhier bei diesen „vielen anderen" ausgenommen. Denn kurz darauf rechtfertigt er den Polizeieinsatz mit der zynischen Frage, ob Günter Routhier, Bernhard Kohnke, Maicke Tuschen denn „ohne jeden Anlaß" zusammengeschlagen worden seien!

Diese kurzen Bemerkungen des Staatsanwaltes beweisen hinreichend, was davon zu halten ist, wenn er sich zu Anfang seines Plädoyers als „unabhängiger Staatsanwalt" in Pose setzt und demagogisch behauptet, er wäre der letzte, der einen Mord vertuschen würde.

Natürlich will die Staatsanwaltschaft den Mord an Günter vertuschen. Warum sonst hat sie zum Beispiel die Krankengeschichte des Genossen Günter über ein Jahr vor der Öffentlichkeit verheimlicht? Warum sonst sind Photos, die den Zustand des Genossen Günter nach der Arbeitsgerichtsverhandlung zeigen, für Zuschauer „nicht geeignet"? Auch der Terror im Gerichtssaal dient diesem Ziel. So wurden an diesem Verhandlungstag Ordnungsstrafen über 1300 DM gegen Genossen Hanfried verhängt. Und ausgerechnet an diesem Verhandlungstag saß zum ersten Mal ein Herr auf der Pressebank, der sich zwar weigerte, seine Zeitung zu nennen, dafür aber beim Plädoyer des Verteidigers eifrig mitschrieb!

Auf einem völlig anderen Blatt steht, daß es der Staatsanwaltschaft insbesondere in diesem Prozeß nicht gelungen ist, ihr Ziel, den Mord zu vertuschen, auch tatsächlich zu erreichen. Durch den Kampf des Genossen Hanfried wurde so klar, daß es in diesem Prozeß die Partei ist, die die Polizei des Mordes anklagt, daß ein Mannesmann-Arbeiter beim Prozeß meinte: „Wer ist denn hier eigentlich der Angeklagte?" Im Plädoyer des Staatsanwaltes zeigte sich dieser politische Erfolg des Prozesses daran, daß er sich, obwohl er immer wieder beteuerte, es ginge in diesem Prozeß nicht um den Mord an Genossen Günter, doch gezwungen sah, der Vertuschung dieses Mordes den Hauptteil seines Plädoyers zu widmen.

Schließlich forderte der Staatsanwalt 12 Monate Gefängnis ohne Bewährung für Genossen Hanfried! Dieser Gesamtstrafantrag setzte sich zusammen aus insgesamt 9 einzelnen Geldstrafen und 8 Monaten Gefängnis wegen der Dokumentation, für die Genosse Hanfried presserechtlich verantwortlich war und 7 Monaten für eine Ausgabe des „Roten Greifer".

Die Begründung dieses Strafantrages war der Gipfel des Zynismus: Erst Hanfried, so der Staatsanwalt, habe ihn mit seinem dauernden Gerede von der geplanten Gefängnisstrafe überhaupt auf den Gedanken gebracht, daß eine Geldstrafe hier nicht „angemessen" sein könne.

So wie der Terror der Polizei im Versuch, den Kampf der Partei gegen die Ermordung des Genossen Günter zu unterdrücken, eine neue Stufe erreichte, so jetzt auch der Justizterror! 1 Monat Gefängnis für eine junge Genossin, nur weil sie einen ROTEN MORGEN verkauft haben soll! Zwei weitere Gefängnisstrafen über je 3 Monate, 7 Monate Gefängnis für den Sohn von Günter Routhier! Und jetzt die Forderung nach einer 12-monatigen Gefängnisstrafe gegen Hanfried Brenner, nur weil sein Name unter Publikationen der Partei gegen den Mord an Günter Routhier stand!

Am 6. 11. spricht das Gericht sein Urteil. Aber wie es auch ausfallen mag. So wenig wie der Polizeiterror wird auch der Justizterror in der Lage sein, den Kampf der Partei gegen den Mord an Genossen Günter, für die sozialistische Revolution, aufzuhalten.

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
4600 Dortmund 30

NÜRNBERG

Liebe Genossen!

In den Nürnberger Zeitungen ist vor einiger Zeit groß angekündigt worden, daß nun endlich am Krankenhaus eine Aufnahmestation eingerichtet wird. Das ist eine Forderung, die die Ärzte und Schwestern schon seit Jahren stellen. Zur Zeit gibt es noch eine „Aufnahmestation", die diesen Namen nicht verdient. Es sind 2 winzige Räume, der Aufnahmearzt hat kaum Möglichkeiten, Patienten wirklich zu untersuchen. Außerdem hat er dazu keine Zeit. Er muß allein 24 Stunden Dienst tun, im Durchschnitt hat er ca. 120 Patienten, davon nach Schätzungen mindestens die Hälfte wirklich stationär aufgenommen werden müßte, um zu klären was ihnen fehlt, jedoch hat er meist nicht mehr als 15 Betten zur Verfügung. Die Ärzte selber sagen, daß das oft genug ein „Würfelspiel" mit der Gesundheit der Bevölkerung ist. Auf verschiedenen Personalversammlungen im Krankenhaus ist dieser Mißstand immer wieder angeprangert worden, auch in Zeitungen sind dazu Leserbriefe erschienen.

Und nun kommt die „große Reform der SPD". Man hat kurzerhand eine ganze Station der inneren Medizin geschlossen und baut sie als Aufnahmestation um.

Jetzt fehlen die 30 Betten der Inneren natürlich. Die Ärzte der Inneren sind wütend, denn ihre Probleme werden dadurch immer größer, die Planstellen für die neue Station sind auch noch nicht genehmigt.

Die Schaffung dieser neuen, notwendigen Station zeigt einmal mehr: Reformen im Kapitalismus gehen immer auf Kosten der Werktätigen. Wird man mal krank, so hat man die Wahl: Entweder der Arzt kann einen gar nicht untersuchen oder aber hinterher fehlt dann das Bett in der Klinik. Das Ganze ist eine Augenwischerei, die die Proteste gegen die unmögliche Situation der Aufnahmeärzte ändern soll, damit die Stadt hier einen „Unruhefaktor ausschalten" kann. Jetzt kommt es auf die Ärzte und Pfleger an, sich diesen Beschiß nicht bieten zu lassen. Wir fordern: Schaffung einer Aufnahmestation mit genügend Personal! Erhaltung der Station der Inneren Medizin!

Doch wir sind uns klar darüber, daß wir eine wirklich gute Versorgung der Bevölkerung im Kapitalismus nie erreichen werden. Zustände wie wir sie hier täglich erleben, werden sich erst ändern, wenn die Arbeiterklasse die Macht in Händen hält. Hier ist Albanien für uns alle ein leuchtendes Beispiel!

Rot Front! Eine Krankenschwester

STUTTGART

Im letzten Monat bekam ich von zwei verschiedenen Amtsgerichten die Kostenrechnung für zwei abgeschlossene Verfahren wegen Verleumdung der BRD und Verherrlichung von Gewalt und wegen Hausfriedensbruch.

In der einen Kostenrechnung hatte sich das Gericht um 100 DM zu seinen Gunsten „verrechnet", bei der anderen wurde einfach vom Urteil der 1. Instanz ausgegangen, obwohl die Strafe in der Berufungsverhandlung um 150 DM herabgesetzt wurde. Als ich schrieb, daß das Urteil des Landgerichts für mich maßgebend wäre, erhielt ich den Bescheid, daß die Kosten nach irgendwelchen Paragraphen vom Amtsgericht erhoben würden. Als ich schrieb, daß es mir egal wäre, wer die Kosten einzieht, ich würde nur darauf bestehen, daß ich nicht 900 DM sondern 750 DM zu zahlen hätte, kam die Antwort, daß die Gerichtskosten aus 750 DM berechnet worden wären. Sie gingen überhaupt nicht auf die von mir vorgebrachten Einwände ein. Um weitere Schreibereien zu sparen, ging mein Mann mit der Rechnung zum Amtsgericht und bestand darauf, daß die Rechnung abgeändert wird. Erst da stellten sie ihren Fehler fest, entschuldigten sich und kürzten die Rechnung.

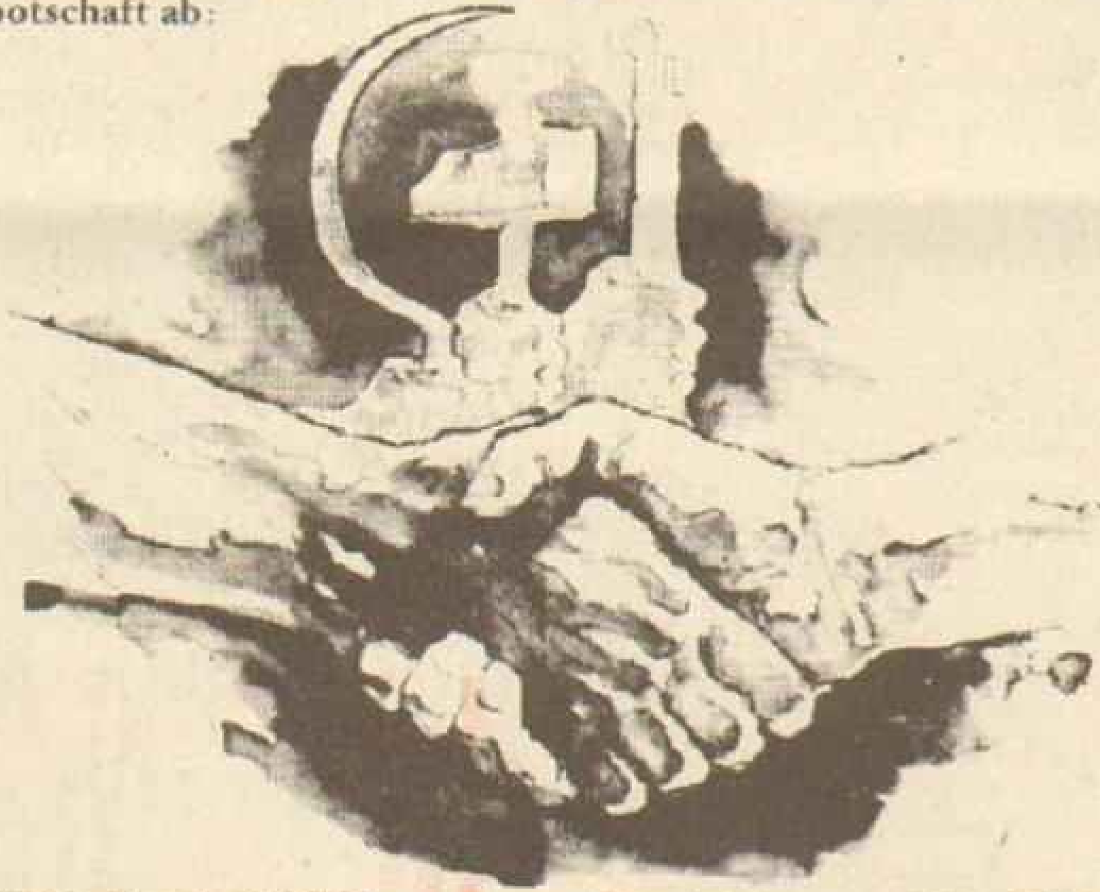
Außer den unverschämten Strafen, mit denen sie einen einschüchtern und finanziell ruinieren wollen, versuchen die Gerichte offensichtlich durch solche Methoden noch mehr Geld zu kriegen und spekulieren darauf, daß man das nicht merkt.

DORTMUND

Vor einiger Zeit wurde meine Frau von einem Polizisten angehalten. Er warf einen kurzen Blick auf das Auto und sagte dann: „Hinter mir herfahren!" Als meine Frau ihn fragte, wohin und was das denn überhaupt sollte, sagte er, er könnte das Auto auch sofort stillegen und abschleppen lassen. Was blieb ihr also anderes übrig. Die Fahrt ging zur DEKRA, einer Prüfstelle für Kraftfahrzeuge. Nach einer Prüfung auf Herz und Nieren, die der Polizist selbst durchführte und sich nur nachher von einem Dr. Ing. mit seiner Unterschrift bestätigen ließ, stellte er fest, daß unser Auto fahruntauglich sei. Ich ließ die Sachen von einem Bekannten machen. Es waren nur Kleinigkeiten. Dann fuhr ich wieder zur DEKRA. Als ich dort ankam und meine Karte vorzeigte, wußte der Prüfer schon Bescheid. Er kannte den Polizisten und ohne einen Blick auf mein Auto zu werfen, gab er mir seine Unterschrift: „Alles in Ordnung!" Das dicke Ende kam einige Wochen später: Zwei Bußgeldbescheide über insgesamt 700 DM.

Gemeinsames Treffen von Delegationen des ZK der PCE/ML und der KPD/ML

Zu einem gemeinsamen Gespräch trafen kürzlich in einer westeuropäischen Stadt eine Delegation des Zentralkomitees der KPSp/ML unter Leitung des Vorsitzenden der KPSp/ML, Genossen Raoul Marco, und eine Delegation der KPD/ML unter Leitung des Vorsitzenden der KPD/ML, Genossen Ernst Aust, zusammen. In dem Gespräch, das in einer sehr herzlichen Atmosphäre und in vollständiger Übereinstimmung stattfand, wurde die gegenwärtige Lage sowie die Entwicklung der beiden Parteien und ihre Zusammenarbeit erörtert. Genosse Ernst Aust überreichte dem Genossen Raoul Marco eine Grußbotschaft des Zentralkomitees an das Exekutivkomitee unserer spanischen Bruderpartei. Im folgenden drucken wir den Wortlaut der Grußbotschaft ab:



Zentralkomitee der KPD/ML
An das Exekutivkomitee der PCE (m-l)
Liebe Genossen!

Mit diesem Brief wollen wir Euch unsere Kampfverbundenheit und Solidarität ausdrücken. Wir stehen fest an Eurer Seite in diesen für das Schicksal Spaniens Völker so bedeutsamen Wochen und Monaten. Mit bewaffneten Aktionen als Eintritt in den revolutionären Krieg, der den Kampf um Spaniens Befreiung auf eine höhere Stufe hebt, habt Ihr eine entscheidende Wende in Eurem Land herbeigeführt.

Die herrschende Klasse hat in ihrer verzweifelten Lage einen hohen Blutzoll von Euch verlangt. Unser tiefes Mitgefühl für Eure gefallenen und gefangenen Genossen, die zu den besten Söhnen und Töchtern der spanischen Völker zählen, ist jedoch keine Trauer der Tränen, sondern des Hasses. Denn die abscheulichen Taten des Yankeefrancismus haben auch in unserem Volk den Klassenhaß gegenüber Faschismus und Imperialismus und die Sympathie für die gewaltsame Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung verstärkt. Stirbt man für die Interessen des Volkes, so ist der Tod wichtiger als der Tai-Berg steht man im Sold der Faschisten und stirbt für die Ausbeuter und Unterdrücker des Volkes, so hat der Tod weniger Gewicht als ein Schwanenflaum.

Spanien und Euer Nachbarland Portugal sind zu Brennpunkten des Kampfes der europäischen Völker geworden. Wobei Euer Land durch die Organisiertheit der Führung und die Geschlossenheit der Volksmassen am weitesten fortgeschritten ist. In Spanien reift eine revolutionäre Situation heran, die Eure Partei vor große Aufgaben stellt. In dieser Situation habt Ihr die einzig richtige Initiative vorbereitet und ergriffen, indem Ihr gestützt auf die Volksmassen die Waffe in die Hand genommen habt.

Wir bewundern den Mut und die Tapferkeit der spanischen Völker, der FRAP und unserer Bruderpartei umsomehr, als wir aus der eigenen Geschichte wissen, wie schwer es ist, unter faschistischer Herrschaft den bewaffneten Widerstandskampf aufzunehmen. Die großartigen Erfolge Eures Kampfes und die Tatsache, daß die spanischen Völker der Führung durch ihre Front und durch ihre Vorhutpartei folgen, um für die Föderative Volksrepublik zu streiten, beweisen aller Welt, daß das Volk unter Eurer Führung das Wort ergriffen hat und heute der bestimmende Faktor im Lande ist.

Mit der Initiative des bewaffneten Kampfes habt Ihr besonders auch dem modernen Revisionismus in der ganzen Welt einen empfindlichen Schlag versetzt. Wie Ihr durch die korrekte Anwendung des Marxismus-Leninismus auf die spanische Revolution vielen Antifaschisten und Patrioten gezeigt habt, daß die Carrillo-Partei eine Betrügerbande ist, so ist dadurch auch bei uns vielen fortschrittlichen und revolutionären Menschen klarer geworden, daß die Breschnew, Honecker und Mies Wölfe im Schafspelz sind, die mit ihren Lügen vom „friedlichen demokratischen Übergang" zum Sozialismus, mit Ihrem Pazifismus die Hirne der Menschen vernebeln wollen – um sie waffenlos unter die Knute von Faschismus und Imperialismus zu zwingen – um sie von der Revolution, dem einzigen Weg zur Befreiung der Menschheit, abzuhalten.

Genossen, Ihr könnt jederzeit unserer vollen Unterstützung gewiß sein. Die aktive Unterstützung Eures Kampfes ist für unser Volk und die KPD/ML ein besonderes Anliegen. Denn neben den us-imperialistischen Oberherren des Francismus sind es gestern wie heute dieselben Ausbeuter, die dem spanischen und einem Teil des deutschen Volkes im Nakken sitzen – die deutschen Monopole und Banken – die westdeutschen Imperialisten, die in Spanien mitmorden, um weiterhin an der Ausplünderung der spanischen Werktätigen teilzuhaben. Im anderen Teil Deutschlands herrschen heute die russischen Sozialimperialisten und ihre ostdeutschen Lakaien und plündern das Volk aus. Wenn sie von „Solidarität" und Freundschaft" mit dem spanischen Volk sprechen, so heucheln sie. Ihnen, den Sozialimperialisten geht es einzig und allein darum, in Konkurrenz zum US-Imperialismus ihre Krallen auch nach Spanien auszustrecken. Spaniens Feinde sind auch die Feinde des deutschen Volkes!

Wir antworten allen diesen Blutsaugern mit den gemeinsamen Kampfrufen der spanischen Freiheitskämpfer und der Bataillone Thälmann und Edgar André: „No pasarán!" Sie werden nicht durchkommen! – „Pasaremos!" Wir werden durchkommen! Es lebe die Kampfverbundenheit zwischen dem spanischen und deutschen Volk! Für die Föderative Volksrepublik Spanien! Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland! Vorwärts zur Weltrevolution!

Mit brüderlichen Kampfesgrüßen!
Im Namen des ZK der KPD/ML
Ernst Aust, 1. Vorsitzender

C.A.R.P. -
Terrororganisation gegen Kommunisten

Am 23. 10. rotteten sich im Hörsaal J der Frankfurter Universität Faschisten der Organisation C. A. R. P. zusammen. Diese Organisation gibt sich einen religiösen Anstrich, hat aber kein anderes Ziel, als den Kommunismus zu bekämpfen. Dazu arbeitet sie direkt mit der Polizei zusammen. Das zeigt sich auch bei dieser Veranstaltung in Frankfurt. Sie war eine reine Polizeiprovokation.

Bereits am Vormittag des 23. 10. hatten die Faschisten von fortschrittlichen Studenten Dresche bezogen, wobei die Faschisten mit Knüppeln bewaffnet waren und alles fotographierten. Hierbei wurde ein Student krankenhausreif geschlagen. Als um 18 Uhr die „Veranstaltung" begonnen hatte, versammelten sich etwa 40 empörte Studenten vor dem Hörsaal. Die Empörung wuchs, als bekannt wurde, daß Mannschaftswagen und Wasserwerfer der Polizei und zivile Polizisten schon auf der Straße und im Hof bereit standen. Zwei, drei – mehr Interessenten waren nicht gekommen – kamen nach 15 Minuten schimpfend raus: Im Saal wurden die Anwesenden und an der Tür stehenden fotographiert!

Die Studenten ließen sich diese Provokation jedoch nicht einfach bieten. Der Saal wurde gestürmt und die Versammlung für beendet erklärt. Die Faschisten waren sofort mit ihren Stühlen und Stöcken bewaffnet. Doch sie erhielten die gebührende Antwort. **Aus einem Nachbarsaal stürzten dann Zivile mit Schlagstöcken und Chemical-Mace-Pistolen heraus. Zusammen mit den anrückenden Uniformierten schlugen sie auf die Studenten ein, sprühten mit Chemical-Mace und nahmen auf Geheiß der Faschisten gezielt Leute fest.** Einer wurde niedergeschlagen, vier festgenommen.

Am 29. 10. tauchten die Faschisten der C. A. R. P. wieder auf. Sie verteilten ein Flugblatt mit der Überschrift „Niemals Kommunismus", das im wesentlichen aus Angaben aus Verfassungsschutzberichten bestand. Sie wurden jedoch von ca. 60 Antifaschisten, darunter Genossen des KSB/ML, verjagt. **Daraufhin verteilten sie am nächsten Tag ihre Flugblätter unter Polizeischutz vor der Uni-Bibliothek. Gleichzeitig wimmelte es in der Uni von Zivilen.** Zwei Polizisten standen vor der Bibliothek und machten sich fortwährend Notizen.

Diese Provokationen der C. A. R. P. sind Tagesgespräch unter den Studenten. Die Empörung wächst. Der KSB/ML hat in einem Flugblatt zum Kampf gegen diese faschistischen Provokateure aufgerufen.

Die Faschisten der C. A. R. P. haben – das zeigen die Ereignisse von Frankfurt deutlich – wie die E. L. C. auch, vor allem die Aufgabe, Terror gegen revolutionäre Kräfte auszuüben. So war auf einem ihrer Flugblätter ein Photo vom Sturm auf das Karlstor beim Roten Antikriegstag 1972 abgedruckt. Genau wie die E. L. C. die hier als „Europäische Arbeiterpartei" auftritt, hat auch diese Organisation ihre Ableger in verschiedenen Ländern, so in den USA und in Japan. Die C. A. R. P. versucht, sich einen deutschen Anstrich zu geben. So zeichnet für ihr Flugblatt gegen den Kommunismus ein gewisser Günter Stangl verantwortlich. Ruft man aber die angegebene Telephonnummer an, so meldet sich ein Amerikaner. So ist es sicherlich auch kein Zufall, daß diese Organisation gerade in Wiesbaden (E. L. C.) und Frankfurt (C. A. R. P.), Hochburgen der US-Besatzer, ihre Büros unterhalten.

Religionskrieg in Beirut?
Wem nützen die Kämpfe im Libanon?

Obgleich bereits mehrere Waffenstillstandsabkommen ausgerufen wurden, gehen die Schießereien und Kämpfe in der libanesischen Hauptstadt Beirut unvermindert weiter. Die Lage der Stadt wird immer schwieriger. Ausgangssperren wurden verhängt, in einigen Teilen der Stadt wurde der Ausnahmezustand verhängt.

Was sind das für Spannungen? Ein „Religionskrieg" – wie die bürgerliche Presse bei uns es verbreitet? Keineswegs! Zwar versuchen die reaktionären Falangisten immer wieder den Eindruck zu erwecken, als ginge es ihnen um „die Christen", doch tatsächlich richtet sich ihr Kampf gegen die Palästinenser, die zu vierhunderttausend in Flüchtlingslagern im Libanon leben. Immer offener haben die Falangisten in den letzten Tagen provokativ gegen die Palästinenser im Land und gegen den gerechten Kampf des palästinensischen Volkes gehetzt.

Nicht zufällig verstärken die reaktionären Falangisten ihre Provokationen, ihre bewaffneten Überfälle und Kämpfe in einer Zeit, wo die Bedrohung durch den israelischen Zionismus und die beiden Supermächte, den US-Imperialismus und den russischen Sozialimperialismus, den gerechten Kampf der arabischen Völker gefährden, die israelischen Zionisten mit Billigung beider Supermächte immer neue Überfälle auf die südlichen Gebiete im Libanon starten. Es sind die beiden Supermächte und insbesondere auch die israelischen Zionisten, die hinter diesen Provokationen im Libanon stecken, die die Atmosphäre anzuheizen suchen, um den Befreiungskampf der arabischen Völker – und an ihrer Spitze den Kampf des palästinensischen Volkes, zu erwürgen.

So unterstreicht die albanische Zeitung „Zeri i Popullit" in einem Beitrag, daß hinter der gespannten Lage im Libanon die beiden Supermächte und die israelischen Aggressoren stehen. **Die im Libanon entstandene Lage, schreibt „Zeri i Popullit", nützt weder dem libanesischen und dem palästinensischen noch den übrigen arabischen Völkern überhaupt, sondern denjenigen, die überall in der Welt Spannungen hervorrufen und im Trüben fischen wollen, eben den Feinden der arabischen Völker, des libanesischen und heroischen palästinensischen Volkes.** Die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion sowie ihre Werkzeuge, die israelischen Zionisten, sind es, die auf Profite aus der im Libanon entstandenen Lage aus sind. Sie stehen tatsächlich hinter dieser Lage, sie sind Schuld an ihr und vergrößern sie ständig. Bei ihrem heftigen Ringen um die Herrschaft im Nahen Osten sehen die beiden Supermächte in der arabischen Solidarität und dem Befreiungskampf des palästinensischen Volkes nach wie vor das Haupthindernis für ihre Aggressions- und Hegemoniepläne in diesem Raum. Daher hat ihre ganze verschwörerische und konterrevolutionäre Aktivität im Nahen Osten noch immer das Ziel, diese beiden Barrikaden zu zerschlagen und zu beseitigen. So nimmt in ihren Plänen auch der Libanon wegen seiner strategischen Position und deswegen einen wichtigen Platz ein, da sich dort etwa 400000 Palästinenser befinden.

Wie in ihrer ganzen antiarabischen, hegemonistischen und neokolonialistischen Tätigkeit im Nahen Osten stacheln die US-Imperialisten auch jetzt die israelischen Zionisten an. Die letzteren fügen trotz ihrer Erklärungen, sich nicht in die inneren Angelegenheiten der Nachbarländer einzumischen, unmittelbar hinzu: „Wir können jedoch nicht gleichgültig bleiben, wenn die Ereignisse eine andere Richtung nehmen." Das bedeutet offiziell eine militärische Einmischung anzukündigen, genauso wie sie es bisher dutzende und hunderte Male getan haben als sie Wohnsiedlungen angriffen und unter den Palästinensern und der Zivilbevölkerung großen Schaden und hohe Verluste verursachten. Die Rollen sind also in Bezug auf die Ereignisse im Libanon, schließt „Zeri i Popullit", zwischen den US-Imperialisten, den israelischen Zionisten und allen weiteren Feinden der arabischen Völker und des palästinensischen Volkes aufgeteilt und gut abgestimmt.

"Ein Feldzug wie ihn die Geschichte noch nicht gekannt hat!" (2. Teil)

Der Lange Marsch

Am 19. Oktober 1935 erreichten die Hauptkräfte der Roten Armee der Arbeitern und Bauern Chinas Nord-Schensi. Anläßlich des 40. Jahrestages des siegreichen Verlaufs des berühmten Langen Marsches begannen wir in der letzten Nummer des ROTEN MORGEN mit dem Abdruck einer zusammenfassenden Darstellung des Langen Marsches, die wir dem Buch „Mit dem Vorsitzenden Mao auf dem Langen Marsch" entnommen haben. Die erste Folge endete damit, daß aufgrund der falschen Politik führender Parteimitglieder die Rote Armee mehrmals in gefährliche Situationen geraten war. Bei ihrer Ankunft in Dsunyi betrugen die Verluste der 1. Frontarmee 60% ihrer Gesamtstärke. Auf einer Konferenz in Dsunyi wurde der Herrschaft der falschen („linken") Linie im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas ein Ende bereitet. Von da an begann die richtige Führung durch das Zentralkomitee mit Genossen Mao Tsetung an der Spitze.

Nach der Dsunyi-Konferenz befolgte die 1. Frontarmee unter der weisen Führung des Genossen Mao Tsetung eine bewegliche Taktik und ergriff selbst die Initiative. Im Februar 1935 vernichtete sie in der Nähe von Dsunyi vier feindliche Divisionen und errang damit den ersten großen Sieg seit Beginn des Langen Marsches. Dann überlistete sie den Feind und entkam ihm. Im Mai überquerte sie in neun Tagen und Nächten ohne irgendwelche Verluste den reißenden Goldsand-Fluß an der Grenze zwischen Szetschuan und Yünnan.

Die Rote Armee hatte die Blokkade der nach Hunderttausenden zählenden feindlichen Truppen durchbrochen. Das war der entscheidende Sieg des Langen Marsches. Von nun an bewegte sich die Rote Armee durch West-Szetschuan nordwärts, erzwang den Übergang über den Dadu-Fluß, überwand das große Schneegebirge und erreichte im Juni 1935 Dawe und Maogung, wo sie sich in der Szetschuan-Schensi-Basis mit der 4. Frontarmee vereinigte.

Dschang Guo-tao, einer der Führer der 4. Frontarmee, verlor nach dem Mißlingen der Kampagne gegen den fünften Einkreisungs-Feldzug das Vertrauen auf die Aussichten der Revolution. So hielt er an der rechtsopportunistischen Linie der Desertion fest. Im März 1935 verließ er die Szetschuan-Schensi-Basis und bewegte sich, in der Absicht, sich nach Südwest-China zurückzuziehen, d. h. zu desertieren, auf West-Szetschuan zu. Nach Überquerung der Flüsse Djialing, Fu und Min marschierten die Truppen westwärts und vereinigten sich in Lihsiän und Maogung mit der 1. Frontarmee.

Gegen Dschang Guo-tao's Fehler verfolgte Genosse Mao Tsetung eine richtige Politik des Kampfes innerhalb der Partei. Um ihn zu überzeugen, hielt das Zentralkomitee nach der Vereinigung in Sungpan (Nordwest-Szetschuan) wichtige Sitzungen ab, auf denen beschlossen wurde, daß die Rote Armee nordwärts weitermarschieren sollte. Schließlich erklärte sich Dschang Guo-tao formal mit den vom Zentralkomitee beschlossenen Richtlinien einverstanden.

Im August 1935 setzte die Rote Armee ihren Marsch nach dem Norden in zwei Marschsäulen fort. Die rechte wurde vom Zentralkomitee und Mao Tsetung geführt, die linke von Tschu Teh, Dschang Guo-tao und Liu Bo-tscheng. Als die linke Kolonne jedoch Aba (jetzt ein autonomer Bezirk der Tibeter in Szetschuan) erreichte, weigerte sich Dschang Guo-tao wiederum, die Beschlüsse des Zentralkomitees zu befolgen. Er setzte Tschu Teh und Liu Bo-tscheng gefangen und führte seine Truppen eigenmächtig südwärts. Gleichzeitig befahl er den beiden Gruppen der 4. Frontarmee, die zu der rechten Kolonne gehörten, in einem Geheimbefehl, südwärts zu marschieren und sich nach Tiäntjüan und Luschan (nördlich von Yaan in Szetschuan) zurückzuziehen. Später gab er offen Losungen gegen das Zentralkomitee aus und schmiedete Pläne zu seiner Auflösung. Das Zentralkomitee beschloß daraufhin, die rechte Marschsäule allein nordwärts zu führen. Im September überwand sie die natürliche Schranke Ladsikou an der Grenze der Provinzen Szetschuan und Kansu, überquerte das Minschan-Gebirge und marschierte in Süd-Kansu ein. Einen Monat später erreichte sie den Marktflecken Wutji in Nord-Schensi und vereinigte sich mit dem dort operierenden 15. Armeekorps. Im November warfen die beiden Armeen die sie verfolgenden feindlichen Truppen zurück und befestigten die Schensi-Kansu-Basis, die sich später zum berühmten Schensi-Kansu-Ningsia-Grenzgebiet, mit Yenan als Zentrum, entwickelte.

Die 2. Frontarmee begann im November 1935, nachdem sie die 1. Frontarmee auf dem Langen Marsch durch Partisanenkämpfe im Hinterland des Feindes gedeckt hatte, selbst den Langen Marsch und hielt ungefähr denselben Weg ein, den auch die 1. Frontarmee gezogen war. Im Juni 1936 erreichte sie Gandsi in West-Szetschuan und vereinigte sich mit den Kräften der von Dschang Guo-tao geführten 4. Frontarmee, die hier ihre Zeit abwartete.

Zu dieser Zeit betrieb Dschang Guo-tao gerade seine parteiverräterische Tätigkeit und erklärte die Bildung eines Pseudo-Zentralkomitees mit sich selbst als Vorsitzendem. Er versuchte, die Führer der 2. Frontarmee zu überreden, sich mit ihm gegen das Zentralkomitee der Partei zu verbinden, seine Politik des Davonlaufens und seine parteifeindliche Spaltertätigkeit zu unterstützen. Unter diesen Umständen hielt Genosse Tschu Teh entschlossen an der korrekten Politik von Genossen Mao Tsetung hinsichtlich des innerparteilichen Kampfes fest. Er bewies politische Prinzipienfestigkeit und revolutionäre Größe. Nicht nur weigerte er sich nachdrücklich, dem Wunsch Dschang Guo-taos entsprechend eine Erklärung gegen das Zentralkomitee abzugeben, sondern propagierte auch unter den Kadern die richtige Politik des ZK. Gemeinsam mit Jen Bi-schi und Guan Hsiang-ying, den Führern der 2. Frontarmee, verteidigten Tschu Teh und Liu Bo-tscheng entschieden die richtige Linie des Zentralkomitees und begannen einen Kampf gegen die von Dschang Guo-tao vertretene Politik des Davonlaufens und seine parteifeindliche Spaltertätigkeit. Die breiten Massen der Kader in der 4. Frontarmee sahen allmählich die falsche Linie Dschang Guo-taos ein und forderten, nordwärts zum Kampf gegen die japanische Aggression zu gehen. So wurde die Verschwörung des Verräters Dschang Guo-tao, die Partei zu spalten, völlig zum Scheitern gebracht. Er sah sich gezwungen, sein Pseudo-Zentralkomitee aufzulösen und im Juli die 4. und 2. Frontarmee nordwärts zu führen. Im Oktober erreichten sie Huining in Kansu und vereinigten sich mit den Kräften der 1. Frontarmee. Somit war der Lange Marsch siegreich beendet.

Der Lange Marsch gleicht einem großen Epos, das in der chinesischen Geschichte ohne Beispiel ist. Die weiteste Strecke, die von der Roten Armee zurückgelegt wurde, betrug 25 000 Li (12 500 km) und ging durch insgesamt 11 Provinzen: Fukien, Kiangsi, Kuangtung, Hunan, Kuangsi, Kueitschou, Yünnan, Sikang, Szetschuan, Kansu und Schensi. Tschiang Kai-schek bot alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel auf – seine Elitetruppen und seine Luftwaffe –, er verbündete sich mit den Armeen der Militaristen und den bewaffneten Kräften der Grundherren in den verschiedensten Provinzen, er ließ an den natürlichen Hindernissen auf dem Weg der Roten Armee Verteidigungsstellungen anlegen und die Rote Armee ununterbrochen verfolgen. Um dem viel besser ausgerüsteten und zahlenmäßig viel stärkeren Gegner auszuweichen, mußte die Rote Armee durch Einöden ziehen, hohe Gebirge bezwingen, reißende Ströme überqueren, über gefährliche Untiefen und trügerische Wege ziehen, besonders in West-Szetschuan mit seinen über 5 000 Meter hohen Schneebergen und endlos mörderischen Sümpfen. Diese Gebiete waren besonders arm und nur spärlich bevölkert, so daß großer Mangel an Nahrungsmitteln herrschte.

Doch keine dieser Schwierigkeiten und Gefahren konnte die Rote Armee daran hindern, den Langen Marsch siegreich zu beenden. Das war vor allem dadurch möglich, daß die Rote Armee von einer marxistisch-leninistischen Partei, der Kommunistischen Partei Chinas, geführt wurde. Seit ihrer Gründung im Jahre 1921 hatte die Partei, gestählt in einem langen, revolutionären Kampf, gelernt, die marxistisch-leninistische Theorie mit der revolutionären Praxis in China zu verbinden, hatte sie viele Erfahrungen gesammelt, insbesondere Erfahrungen im revolutionären Kampf, und hatte eine große Anzahl führender Kader ausgebildet. Nach der Dsunyi-Konferenz wurde das von Mao Tsetung geleitete Zentralkomitee gebildet, das den richtigen Kurs durchführte. Dieses Zentralkomitee bewährte sich nicht nur im Kampf gegen alle möglichen Feinde, es bewährte sich auch im innerparteilichen Kampf, bei der Überwindung falscher Tendenzen in den eigenen Reihen. Aus dem ganzen Verlauf des Langen Marsches kann man schließen, daß dieser Marsch ein Sieg des Kampfes gegen die falsche Linie des „linken" Opportunismus und ein Sieg der Leitung durch die richtige Linie des Genossen Mao Tsetung ist; er ist zugleich ein Sieg des entschiedenen Kampfes gegen die Linie des rechten Opportunismus von Dschang Guo-tao und seinen Spaltungsversuch sowie ein Sieg der richtigen Politik von Genossen Mao Tsetung. Der siegreiche Ausgang des Langen Marsches wäre ohne die richtige Führung durch die Partei und Genossen Mao Tsetung nicht möglich gewesen.

Der Lange Marsch stellt einen überragenden Sieg dar. Genosse Mao Tsetung machte die Bedeutung des Langen Marsches in den folgenden Worten deutlich:

„Wenn die Rede schon vom Langen Marsch ist, so erhebt sich die Frage: Worin besteht seine Bedeutung? Wir antworten: Der Lange Marsch ist ein Feldzug, wie ihn die Geschichte noch nicht gekannt hat. Der Lange Marsch ist ein Manifest, ... das der ganzen Welt verkündet hat, daß die Rote Armee aus Helden besteht, während die Imperialisten und ihre Lakaien – nämlich Tschiang Kai-schek und seinesgleichen – zu nichts taugen. Der Lange Marsch hat verkündet, daß alle Versuche der Imperialisten und Tschiang Kai-scheks, uns einzukesseln, zu verfolgen, aufzuhalten oder abzuriegeln, gescheitert sind. Der Lange Marsch ist auch ein Propagandatrupp, der die rund 200 Millionen zählende Bevölkerung in den elf Provinzen darüber aufgeklärt hat, daß nur der Weg der Roten Armee der Weg zu ihrer Befreiung ist. Woher – wenn nicht durch den Langen Marsch – sollten die breiten Volksmassen so rasch erfahren, daß es auf der Welt eine so große Wahrheit gibt, wie sie in der Roten Armee verkörpert ist? Der Lange Marsch ist auch eine Sämaschine, die über die elf Provinzen unzählige Samen ausgestreut hat, die aufgeben, grünen, blühen, Frucht ansetzen und in Zukunft die Ernte bringen werden. Kurz gesagt, der Lange Marsch endete mit unserem Sieg und mit der Niederlage des Feindes." („Über die Taktik im Kampf gegen den japanischen Imperialismus").

Der siegreiche Abschluß des Langen Marsches hat der chinesischen Revolution über die nach 1927 herrschende Krise hinweggeholfen, er flößte der Bevölkerung des ganzen Landes Vertrauen in die Perspektiven der Revolution und des Widerstandskrieges gegen die japanische Aggression ein; die besten Kräfte der Kommunistischen Partei Chinas und der Roten Armee blieben erhalten, die Streitkräfte der Partei wurden unter schwersten Bedingungen gestählt. Gestützt auf diese Kräfte unter der richtigen Führung der Kommunistischen Partei und des Genossen Mao Tsetung, konnten sich die Kräfte der Revolution im Widerstandskrieg gegen die japanische Aggression beispiellos entwickeln und damit die Grundlage für den großartigen Endsieg des chinesischen Volkes beim Umsturz der Herrschaft seitens der Imperialisten und ihrer Lakaien, der Kuomintang-Reaktionäre, und bei der Gründung eines neuen China schaffen.



Kämpfer der Roten Armee während des Kampfs gegen den „Einkreisungs- und Ausrottungsfeldzug"

Gründung der Partei der Arbeit Albaniens 8. November 1941



In diesem Haus wurde vor nunmehr 34 Jahren die Partei der Arbeit Albaniens gegründet. Unter der Führung seiner Partei mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze errang das albanische Volk den Sieg im nationalen Befreiungskampf und in der Volksrevolution schreitet es heute bei der Festigung der Diktatur des Proletariats und beim Aufbau des Sozialismus voran.

Albaniens Forderungen sind gerecht

Fortsetzung von Seite 1

Gewiß, die westdeutschen Imperialisten haben an einige Länder Reparationen gezahlt. So hat die israelische Zionistenbande – nicht anders ein rassistisches und faschistisches Unterdrückerregime als der Hitlerfaschismus – zum Beispiel Milliarden und Abermilliarden erhalten, eine Finanzierung der Verbrechen an den arabischen Völkern und insbesondere am palästinensischen Volk. Im Zusammenhang mit den Ostverträgen erhielten auch einige osteuropäische Länder Reparationen, die den sozialfaschistischen Regimes dort zugutekommen und im Schacher zwischen dem russischen Sozialimperialismus und Bonn gezahlt wurden. Es ist offensichtlich, daß die westdeutschen Imperialisten dort Reparationen zahlen, wo es ihren imperialistischen Interessen dient.

Die Feststellung der westdeutschen Regierung, daß Reparationszahlungen einem „künftigen Friedensvertrag" vorbehalten seien, ist dabei geradezu zynisch. Seit jeher haben die westdeutschen Imperialisten den Abschluß eines solchen Friedensvertrages verhindert. Anfangs taten sie dies mit Unterstützung des US-Imperialismus gegen die damals noch sozialistische Sowjetunion und die anderen sozialistischen Länder Osteuropas, heute, wo die Sowjetunion zu einer sozialimperialistischen Supermacht entartet ist, haben sie im Kuhhandel mit dieser aggressiven Macht die Frage des Friedensvertrages unter den Teppich gekehrt. Der Hinweis auf eine Regelung im Rahmen eines Friedensvertrages heißt nichts anderes, als daß die westdeutschen Revanchisten die Frage der Reparationszahlungen in alle Ewigkeit verschieben wollen.

Mögen die bürgerlichen Schreiberlinge in ihren Zeitungen hetzen, die Albaner seien verbohrt und starrköpfig. Die Volksrepublik Albanien wird nicht vor ihnen zu Kreuze kriechen und ihre gerechten Forderungen in den Wind schreiben. Gerade aufgrund dieser prinzipienfesten proletarischen Politik der Volksrepublik Albanien, hat dieses Leuchtfeuer des Sozialismus in Europa und auf der ganzen Welt Millionen Freunde, die fest zu ihm stehen und die Durchsetzung seiner gerechten Forderungen unbedingt unterstützen werden.

Der Einheit der Marxisten-Leninisten keine neuen Hindernisse in den Weg legen

Die Einheit der Marxisten-Leninisten kann nur auf der Grundlage der Prinzipien des Marxismus-Leninismus hergestellt werden. Darum müssen in der ideologischen Auseinandersetzung alle unmarxistischen Auffassungen entlarvt und zurückgewiesen werden. Das gilt insbesondere für Einflüsse des modernen Revisionismus und seines Zwillingsbruders, des Trotzkismus. „Die Einheit der Marxisten-Leninisten im Kampf gegen revisionistische und trotzkistische Einflüsse herstellen!" heißt deshalb auch der Untertitel der Nr. 3 des Theoretischen Organs unserer Partei, das sich mit der „Linie und Entwicklung der Gruppe ‚Rote Fahne' (KPD) von 1970-1975" befaßt. Als Reaktion auf diese Analyse ist in der „Roten Fahne" Nr. 40 ein Artikel erschienen, der deshalb nicht unbeantwortet bleiben kann, weil die in ihm vorgenommene Verteidigung falscher Positionen um jeden Preis der Sache der Einheit der Marxisten-Leninisten erneut große Hindernisse in den Weg legt.

„DEN IDEOLOGISCHEN KAMPF KANN JEDOCH NUR DERJENIGE KORREKT FÜHREN, DER BEGRIFFEN HAT, DASS DAS ANZUWENDENDE PRINZIP HEISST: KRITIK UND SELBSTKRITIK." („Rote Fahne" Nr. 40)

Diese Feststellung der „Roten Fahne" kann nicht dick genug unterstrichen werden. Wenn man von der Einheit der Marxisten-Leninisten spricht, sollte diese Selbstkritik vor allem dort ansetzen, wo man schwerwiegende Fehler in dieser Frage gemacht hat. Für unsere Partei hat Genosse Ernst Aust in seiner Westberliner Rede zur Einheit der Marxisten-Leninisten eine solche Selbstkritik geleistet, indem er anhand einiger Beispiele erklärt hat, daß unsere Partei in der Vergangenheit zeitweilig den Fehler gemacht hat, die Widersprüche zwischen uns und anderen revolutionären Organisationen wie Widersprüche zwischen uns und dem Feind zu behandeln. Allerdings ist es so, daß die GRF in dieser Frage die entscheidenden Fehler gemacht hat. Bekanntlich gilt für Marxisten-Leninisten das Prinzip, daß man so lange innerhalb der bestehenden kommunistischen Partei für die Durchsetzung der proletarischen Linie kämpfen muß, wie die Partei nicht unwiderruflich revisionistisch entartet ist. Erst wenn es also unmöglich geworden ist, der proletarischen Linie innerhalb der Partei zum Sieg zu verhelfen, haben die Marxisten-Leninisten die Pflicht, im Kampf gegen die revisionistische Partei die marxistisch-leninistische Partei der Arbeiterklasse neu zu gründen. Nach diesem Prinzip erfolgte am 31. 12. 1968 nach jahrelangem Kampf gegen den revisionistischen Verrat in der KPD die Gründung der KPD/ML unter der Führung des Genossen Ernst Aust. **Es ist klar, daß das Verlassen dieses prinzipiellen Standpunktes zu einer heillosen Zersplitterung der kommunistischen Bewegung führen muß.**

Die Gründung der GRF-Aufbauorganisation dagegen erfolgte rund 15 Monate nach dem Gründungsparteitag der KPD/ML ohne jegliche ideologische Auseinandersetzung mit der KPD/ML. In der bei der Gründung veröffentlichten „Vorläufigen Plattform der KPD-Aufbauorganisation" wird ein kleinbürgerliches Parteiaufbaukonzept vertreten, wie es damals auch von anderen Gruppierungen der zerfallenden Studentenbewegung propagiert wurde.

In der „Roten Fahne" Nr. 23/71 wird klar, daß die Auffassungen der GRF sich nicht nur gegen unsere Partei, sondern gegen alle nach dem Verrat des modernen Revisionismus in Westeuropa gegründeten marxistisch-leninistischen Parteien richteten. Dort wird über diese jungen marxistisch-leninistischen Parteien gesagt: „Mit innerer Gesetzmäßigkeit führte die Trennung dieser Genossen von den Massenkämpfen zur Sektenbildung, zu prinzipienlosen Fraktionskämpfen, zu einem endlosen Prozeß der Spaltung." Der Bankrott dieser Theorie, mit der die Gründung der GRF begründet wurde, liegt heute auf der Hand. **Die jungen marxistisch-leninistischen Parteien sind keineswegs der „inneren Gesetzmäßigkeit" der GRF gefolgt, sondern sie stehen heute an der Spitze des revolutionären Kampfes in ihren Ländern.** In Bezug auf die KPD/ML aber heißt es in dem gleichen Artikel der „Roten Fahne": „Aus dieser Lage zogen wir Anfang 1970 den Schluß, daß in der bestehenden, völlig zerfaulenden und zur Massenwirksamkeit unfähigen KPD/ML eine kommunistische Linie nicht durchsetzbar sei, und gründeten die KPD-Aufbauorganisation." Heute gesteht die „Rote Fahne" unserer Partei offensichtlich eine „kommunistische Linie" zu. Warum war sie dann 1970 nicht durchsetzbar? Gibt es einen besseren Beweis, daß die Gründung der GRF ein Akt der Spaltung war?

Wenn nicht nur die Mitglieder und Sympathisanten, sondern auch die führenden Genossen der GRF heute ihren Willen bekunden, für die Einheit der Marxisten-Leninisten zu kämpfen, dann geht unsere Partei davon aus, daß das ehrlich gemeint ist. Aber wir fragen die Genossen der GRF: Kann man etwas anderes als Provokation und Sabotage an der Sache der Einheit der Marxisten-Leninisten darin sehen, wenn diese spalterischen Grundlagen in der „Roten Fahne" nicht nur keiner Selbstkritik unterzogen werden, sondern im Gegenteil offen bekräftigt und weiterentwickelt werden? So hieß es bereits in der „Roten Fahne" Nr. 28 dieses Jahres: „Betrachten wir die Geschichte der KPD/ML genauer, dann stellen wir fest: In ihrer heutigen Gestalt ist sie nicht 1968, sondern 1972 gegründet. Erst damals begann sie eine einheitliche Linie zu entwickeln und sich aus einem Zirkelverband in Richtung einer Partei zu verändern." Natürlich war die Linie unserer Partei 1968 noch nicht so entwickelt wie heute, aber die KPD/ML hat von ihrer Gründung an in den entscheidenden strategischen Fragen eine einheitliche Linie verfolgt. Natürlich hat es die in der „Roten Fahne" häufig als Beweis für den angeblichen Zerfall der KPD/ML angeführten Abspaltungen gegeben. Aber seit wann sehen Marxisten-Leninisten in dieser scharfen Zuspitzung des Kampfes zweier Linien einen Beweis für die Nichtexistenz einer Partei? Wie oft haben denn nach Ansicht der GRF andere kommunistische Parteien aufgehört zu existieren, um dann plötzlich wiederaufzustehen? Oder ist diese Betrachtungsweise der „Roten Fahne" etwa nur auf unsere Partei beschränkt?

SIE ERFINDEN STATTDESSEN EINE GESCHICHTE DES IDEOLOGISCHEN KAMPFES" („Rote Fahne" Nr. 40).

Dieser auf unsere Partei gemünzte Vorwurf fällt auf die „Rote Fahne" selbst zurück. So kommt die „Rote Fahne" Nr. 40 zu dem überraschenden Ergebnis: „DieKPD/ML und nicht unsere Partei propagierte die ‚führende Rolle der Intelligenz über die Arbeiterklasse'." Die „Rote Fahne" zitiert zwei Dokumente unserer Partei aus dem Jahr 1970, in denen tatsächlich die führende Rolle der Intelligenz propagiert wird. Dagegen wäre nichts zu sagen, wenn die „Rote Fahne" nicht verschweigen würde, daß diese Dokumente Teil eines scharfen ideologischen Kampfes gegen eine rechte Fraktion waren, die später die ZB-Organisation gründete. Diese Spalter wollten hauptsächlich den Kampf gegen den modernen Revisionismus liquidieren und wandten sich gegen die führende Rolle der Partei. In dieser Frage wurden außerdem von unserer Partei gründliche Selbstkritiken veröffentlicht, die den Genossen der „Roten Fahne"-Redaktion sicher bekannt sind. Aber die „Rote Fahne" erwähnt nicht einmal, daß auch das Theoretische Organ, auf das sich der RF-Artikel ja schließlich bezieht, dazu selbstkritisch Stellung genommen hat: „*An dieser Stelle müssen wir darauf hinweisen, daß sich auch in der KPD/ML eine Zeitlang eine Strömung breitmachte, die – entgegen den programmatischen Grundlagen der Partei von 1968/69 – die führende Rolle der Arbeiterklasse herabsetzte und stattdessen in verschleierter Form die Hegemonie der Intelligenz propagierte. Diese Auffassung spiegelte sich in den Artikeln „Bauen wir eine starke bolschewistische Partei auf!" sowie in der Plattform des ZK von 1970 wider. Auch der Artikel gegen den Gründungsopportunismus der GRF (AO) enthält diese Abweichung. Von den Liquidatoren wurde die ‚führende Rolle der Intelligenz' dann ganz offen vertreten und gegen die korrekte Linie für den Aufbau der bolschewistischen Partei eingesetzt. Erst auf dem Außerordentlichen Parteitag 1971 konnten diese Parteifeinde entlarvt und aus der Partei entfernt werden. In einer ausführlichen Selbstkritik hat das ZK der KPD/ML anschließend in mehreren Ausgaben des ROTEN MORGEN zu dem Kampf zweier Linien Stellung genommen, die Ursachen und die Abweichung aufgedeckt und Schritte zur Korrektur eingeleitet.*" (S. 69). In Wirklichkeit hat also die KPD/ML jene antiproletarische Strömung, die unter der Fahne des Kampfes gegen den Rechtsopportunismus vorübergehend in der Partei Fuß fassen konnte, keineswegs zu ihrem Programm gemacht, wie die „Rote Fahne" behauptet, sondern schonungslos bekämpft und schließlich aus der Partei gesäubert.

Sich selbst bescheinigt die „Rote Fahne", sie habe gegen die „führende Rolle der Intelligenz" einen scharfen Kampf geführt. Die „Rote Fahne" aber hat niemals auch nur ein Wort gegen die beiden oben zitierten Dokumente zur Verteidigung der führenden Rolle der Arbeiterklasse geschrieben. Sie hat die Hinaussäuberung der Liquidatoren aus unserer Partei nicht etwa als Sieg im Kampf gegen diese antiproletarische Strömung begrüßt, sondern als Zerfallserscheinung unserer Partei gewertet.

Die „Rote Fahne" konnte natürlich auch keinen Beitrag zur Unterstützung der proletarischen Linie innerhalb unserer Partei damals leisten, weil die Theorie der führenden Rolle der Intelligenz zu den ideologischen Grundlagen ihrer Organisation gehört. Das kommt in der Vorläufigen Plattform der GRF-AO zum Ausdruck, die gleich zu Beginn die Frage der „zukünftigen Berufstätigkeit der Studenten" behandelt. Weiter wird die Theorie der „führenden Rolle der Intelligenz" in der Vorläufigen Plattform u. a. in folgender Passage deutlich: „Intellektuelle haben zwei Aufgaben in ihren Berufen: In den Klassenkämpfen ihre Fähigkeiten in den Dienst des Volkes zu stellen; **sich für spezifische Aufgaben hinsichtlich der Eroberung der politischen Macht im Staat zu qualifizieren.** (...) Sie haben die Aufgabe, sich selbst in der Massenbewegung umzuerziehen, sich von ihrem bornierten Klassenstandpunkt zu befreien und zu lernen, **daß sie zuerst von den Massen zu lernen haben, bevor sie ihre Lehrer werden können, und daß dieses Wechselverhältnis auf immer höherer Stufe permanent sein muß.** Erst unter diesen Bedingungen können sie Arbeiterkader heranbilden. Ihr höchstes Ziel muß die Umwandlung der von Studenten und Intellektuellen geführten Organisation in eine proletarische Organisation sein. **Dabei dürfen sie nicht dem Opportunismus anheimfallen, diese Umwandlung schon dann vorzunehmen, wenn die politische Linie noch unentwickelt und nicht erprobt ist"** (Hervorhebungen von uns – RM). Gegen diese antiproletarische Strömung wurde in der GRF öffentlich allerdings kein ideologischer Kampf geführt. Von der GRF gibt es hierzu keine Selbstkritik. Vielmehr wurden auch die Massenorganisationen der GRF wie die Liga gegen den Imperialismus und die Rote Hilfe e. V. zunächst als studentische Massenorganisationen gegründet. Schließlich hat die GRF selbst ihren Aufbau hauptsächlich über ihren Studentenverband KSV und über die Liga, also hauptsächlich gestützt auf Intellektuelle vorangetrieben.

Wohlgemerkt: Es geht hier nicht einfach darum, daß die GRF in dieser Frage keine Selbstkritik leistet. Es geht darum, daß die „Rote Fahne" behauptet, unsere Partei hätte die führende Rolle der Intelligenz zum Programm erhoben und die GRF hätte von Anfang an für die führende Rolle der Arbeiterklasse gekämpft. Jeder Genosse mag die Frage für sich beantworten, ob diese Verdrehung der Tatsachen dem Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten nützt oder ob sie ihm neue Hindernisse in den Weg legt.

In der „Roten Fahne" wird als zweiter Punkt die Vietnam-Solidarität aufgegriffen. Auf diesen Punkt wollen wir hier nicht ausführlich eingehen. Wir fordern vor allem die Genossen der GRF auf, sich davon zu überzeugen, daß unsere in dieser Frage gemachten Ausführungen im Theoretischen Organ unserer Partei den Tatsachen entsprechen. Zu dieser Frage nur eine Bemerkung: Die „Rote Fahne" behauptet, die GRF habe in die Vietnam-Bewegung gegen den Widerstand unserer Partei den Kampf gegen den russischen Sozialimperialismus hineingetragen. **Es gibt Hunderte von Antiimperialisten, die mit eigenen Augen gesehen haben, wie die GRF auf Vietnam-Demonstrationen wiederholt versuchte, unserer Partei gewaltsam Transparente gegen den Sozialimperialismus zu entreißen.**

Auch in der Frage der Haltung zur Diktatur des Proletariats sucht die „Rote Fahne" die Wahrheit nicht in den Tatsachen. Die GRF hat ihre Losung „Gegen Monopoldiktatur – für Volksdemokratie, die Arbeiterklasse an die Macht!!" zurückgezogen. Das war ein begrüßenswerter Schritt. Nach wie vor meinen wir aber, daß die GRF den Kern dieser Abweichung noch nicht voll erkannt hat. In der opportunistischen Parole drückt sich aus, daß der Kampf für die sozialistische Revolution und die Diktatur des Proletariats nicht im Mittelpunkt ihrer Arbeit gestanden hat. Statt an dieser Stelle ihre Selbstkritik zu vertiefen, wird die Haltung unserer Partei in dieser Frage verfälscht. So heißt es in der „Roten Fahne": „In ihrer Gründungserklärung ist das Kampfziel nicht die Zerschlagung der kapitalistischen Ausbeuterordnung, sondern der ‚Sieg über den Imperialismus und seine Lakaien'." Zur Widerlegung dieser Behauptung einige Zitate aus der Grundsatzerklärung unserer Partei: „*Deshalb ist die proletarische Revolution in ganz Deutschland eine objektive Notwendigkeit. (...) Die KPD/ML wird gemäß diesen Prinzipien das Klassenbewußtsein der deutschen Arbeiterklasse stärken und sie gegen ihre Ausbeuter und Unterdrücker zum Sieg führen. Die KPD/ML weiß, daß die herrschende Klasse ihre Machtpositionen nicht widerstandslos räumt. Sie zu zerbrechen, kann nicht über das bürgerliche Parlament geschehen, sondern nur durch den revolutionären Akt der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates und die Errichtung der proletarischen Diktatur, der Herrschaft der großen Mehrheit des Volkes.*" Die Redaktion der „Roten Fahne" macht es einem wirklich nicht leicht, ihren Beteuerungen, den ideologischen Kampf ehrlich führen zu wollen, Glauben zu schenken.

DEM KAMPF FÜR DIE EINHEIT DER MARXISTEN-LENINISTEN DÜRFEN KEINE NEUEN HINDERNISSE IN DEN WEG GELEGT WERDEN!

Unsere Partei teilt die Auffassung der „Roten Fahne", daß die Einheit der Marxisten-Leninisten nur erreicht werden kann, wenn der ideologische Kampf prinzipienfest, offen und ehrlich geführt wird. Wir meinen allerdings, daß Artikel wie die in der „Roten Fahne" Nr. 28 und Nr. 40 alles andere als ein Beitrag dazu sind. So wird in der „Roten Fahne" Nr. 40 die alte Lüge aufgetischt, Genosse Ernst Aust habe während seiner Tätigkeit im „Blinkfüer" Hetzartikel gegen die Kommunistische Partei Chinas geschrieben. Genosse Ernst Aust hat selbst wiederholt öffentlich – auch im ROTEN MORGEN – erklärt, daß er natürlich, so lange er in der KPD kämpfte, als deren Funktionär die Linie der Partei durchführen mußte. Immer hat sich Genosse Aust aber geweigert, Artikel gegen die VR China zu schreiben. Er hat im Gegenteil versucht, das Erscheinen solcher Artikel im „Blinkfüer" zu verhindern. Trotzdem sind solche Artikel noch im „Blinkfüer" erschienen, als der Verlag noch auf den Namen unseres heutigen Parteivorsitzenden lief. Diese Tatsache gab für Genossen Ernst Aust mit den entscheidenden Anstoß, den Schritt zum offenen Kampf gegen die revisionistischen Verräter zu tun. Diese Tatsachen sind der „Roten Fahne" spätestens seit der Veröffentlichung des Lebenslaufes des Genossen Ernst Aust im ROTEN MORGEN und im Anhang des Theoretischen Organs Nr. 2 unserer Partei bekannt. Es soll der „Roten Fahne" vorbehalten bleiben, ihren Lesern zu erklären, wieso die fortgesetzte Verleumdung des Vorsitzenden unserer Partei der Einheit der Marxisten-Leninisten dient.

Unsere Partei aber erfüllt diese Entwicklung mit großer Sorge. **Nach den ersten positiven Schritten der GRF besteht nun die Gefahr, daß eine gegen die Einheit der Marxisten-Leninisten gerichtete Strömung wieder Oberwasser gewinnt. Wir wenden uns darum noch einmal an alle Freunde und Genossen der GRF, es nicht zu dulden, daß dem Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten neue Hindernisse in den Weg gelegt werden. Wir rufen Euch auf: Setzt Euch kritisch und selbstkritisch mit unserer Partei auseinander. Schickt uns Eure Kritiken an unserem Theoretischen Organ und am ROTEN MORGEN.**

VORWÄRTS ZUR EINHEIT DER MARXISTEN-LENINISTEN!

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Uruguay

Die Revolutionäre KP kämpft für eine patriotische Front

Die Revolutionäre Kommunistische Partei Uruguays entfaltet eine breite praktische und propagandistische Tätigkeit, um die Volksmassen im revolutionären Kampf für die Zerschlagung der faschistischen Diktatur und für die nationale Befreiung zu mobilisieren und zu führen.

Die Partei verurteilt den brutalen Terror und die grausame Unterdrükkung durch die Diktatur, um den Volkskrieg der Massen niederzuhalten, und sie bekundet ihre Bereitschaft, stets an der Vorhut der Aktionen der werktätigen Massen zu stehen und sie in einer einzigen Front zusammenzuschließen, um mit ihnen den revolutionären Kampf zum Sturz der faschistischen Diktatur aufzunehmen.

Uruguay ist ebenso wie Chile, Paraguay, Bolivien und Brasilien, betont in diesem Zusammenhang die von der Revolutionären Kommunistischen Partei Uruguay veröffentlichte Erklärung, eines der Länder in der südlichen Hemisphäre, in dem das Volk unter der Last einer der grausamsten Diktaturen, die das Vaterland verkauft hat, leidet. Terror und Unterdrückung sind die Methoden der Diktatur, um die Macht zu erhalten und die Kämpfe der Massen für Freiheit und bessere Lebensbedingungen niederzuhalten. **Über 20000 Personen sind in den letzten Jahren verhaftet und in die Gefängnisse geworfen worden und 7000 politische Gefangene schmachten in Konzentrationslagern, wo sie grausam und unmenschlich gefoltert werden.** Gleichzeitig hat die Diktatur eine Reihe Unterdrükkungsmaßnahmen durchgesetzt, die Oppositionsparteien und Arbeiterorganisationen wurden in die Illegalität gezwungen, neue faschistische Gesetze verabschiedet, Informationen werden zensiert und fortschrittliche Verlage und Zeitungen und Zeitschriften, die gegen die Regierung sind, geschlossen. Es wurden Gesetze erlassen, daß die gewerkschaftlich organisierten und bei Streiks verhafteten Arbeiter zu entlassen sind. All das ist ein Ausdruck für den im Land wütenden grausamen Terror und die Anstrengungen, die das Regime unternimmt, um den Kampf der werktätigen Massen abzuwürgen.

Gleichzeitig erhöht die Diktatur pausenlos die Zahl der Streitkräfte. Die Armee schluckt 75% des Staatsetats. **Sie ist die Hauptstütze für die Ausbeuterpolitik der Oligarchie und setzt sie hauptsächlich durch. Außerdem steht sie im Dienst der amerikanischen imperialistischen Monopole.**

Die Revolutionäre Kommunistische Partei Uruguays weist darauf hin, daß das Land infolge der volksfeindlichen und antinationalen Politik der Diktatur in einer tiefen Wirtschaftskrise steckt, deren Folgen immer mehr die einfachen werktätigen Massen belasten. Im Land, betont die Erklärung, herrscht eine chaotische Wirtschaftslage. 112 Mio. Dollar betrug das Außenhandelsdefizit im vergangenen Jahr, und die Auslandsschulden erreichen fast 1 Mrd. Dollar. Die jährliche Inflationsrate ist 100%, und die Lebenshaltungskosten sind im letzten Jahr um 137% gestiegen.

Weiter führt die Erklärung der Revolutionären Kommunistischen Partei Uruguays aus, daß es trotz des grausamen Terrors und der Unterstützung durch die amerikanischen Imperialisten der faschistischen Diktatur nicht gelungen ist, den Kampf und die Bestrebungen des uruguayischen Volkes für Freiheit und nationale Unabhängigkeit abzuwürgen und daß sie sich mit jedem Tag mehr isoliert. So haben die Volksmassen gleich zu Anfang als der Staatsstreich verübt wurde, massenhaft mit einem Generalstreik geantwortet. In machtvoller Solidarität besetzten die werktätigen Massen die Fabriken und Arbeitsstellen und legten die Produktion vollständig still, was die faschistischen Häupter zwang, sich um Hilfe an die faschistische Clique Brasiliens zu wenden, die auch sogleich eintraf.

Die Revolutionäre Kommunistische Partei Uruguays verurteilt und entlarvt die verräterische Haltung und Tätigkeit der reformistischen Gewerkschaftsführung und der Häupter der revisionistischen Partei, die versuchten, den Generalstreik zu sabotieren, seinen politischen Charakter zu verändern und ihm eine ökonomische Färbung lediglich als Streik für Lohnerhöhung zu geben. Doch es gelang ihnen nicht, ihr Ziel zu erreichen. Durch diese Handlungsweise, betont die Partei, taten sie nichts anderes als sich selbst vor breiten Teilen des Proletariats und des Volkes als Verräter an den Interessen der werktätigen Massen zu entlarven. Der Generalstreik war ein Ausdruck des entschlossenen Widerstandes des uruguayischen Volkes gegen die Diktatur und ein Signal zu künftig noch machtvolleren Schlachten.

JUSTICIA

Organo del
Partido Comunista
Revolucionario



MONTEVIDEO - OCT /74 - Año I - N°1

„Gerechtigkeit", Organ der Revolutionären Kommunistischen Partei Uruguays.

Das uruguayische Volk, seine Arbeiterklasse und die uruguayischen Marxisten-Leninisten haben in diesen Jahren der grausamen faschistischen Diktatur nicht davon abgelassen zu kämpfen und sich neu zu organisieren. Trotz der polizeilichen Verfolgung und der Gesetze zur Unterdrückung hat die Partei nicht aufgehört, durch die illegale Presse und Propaganda, durch Verteilung von Flugblättern, die Volksmassen zu Aktionen gegen die Diktatur zu aktivieren und zusammenzuschließen.

In diesem Rahmen hat die Partei sich die Aufgabe gestellt und kämpft dafür, eine breite patriotische Front zu schaffen, die die Volksmassen vereinigt und zu bewaffneten Aktionen mobilisiert, um die Diktatur zu stürzen. Die patriotische Front, betont die Partei, wird die breiten Massen in allen Stadtvierteln und Dörfern des Landes in Kampfausschüssen gegen die Diktatur organisieren. Nur so, indem die Massen organisiert werden und die Solidarität verstärkt wird, und durch entschlossenen Kampf kann die Diktatur gestürzt werden.

Die Revolutionäre Kommunistische Partei Uruguays ist entschlossen, stets an vorderster Fornt der Aktionen der uruguayischen werktätigen Massen zu stehen, sie im Kampf gegen die faschistische Diktatur für die nationale und soziale Befreiung zusammenzuschließen und zu mobilisieren.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA!
Vorstand der KPD/ML
– Spendenkonto –
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA

Osttimor

"Unabhängigkeit oder Tod!"

In Osttimor entwickelt sich die Bewegung für die nationale Unabhängigkeit immer kräftiger. Nach 400 Jahren portugiesischer Kolonialherrschaft kämpft die Bevölkerung Osttimors dafür, in Zukunft Herr ihrer eigenen Geschicke zu sein. Im Kampf für die nationale Unabhängigkeit kämpft die Bevölkerung Osttimors dafür, sich endgültig von der portugiesischen Kolonialherrschaft zu befreien. Sie kämpft aber auch gegen das indonesische faschistische Regime, das in die Fußstapfen Portugals treten will.

Osttimor, d. h., die östliche Hälfte der Insel Timor, ist infolge der kolonialistischen Ausplünderung äußerst unterentwickelt und rückständig, obwohl es über reiche Bodenschätze und große Naturreichtümer verfügt. Vor seinen Küsten lagert Erdöl. Im Lande selbst gibt es Gold und andere wertvolle Mineralien. Der Boden des Landes ist äußerst fruchtbar. In einigen Gebieten brennen tagein tagaus Naturgasfackeln. Aber alle diese Reichtümer befinden sich in der Hand der ausländischen imperialistischen Monopole, mit denen der USA an der Spitze. Aber mit diesen konkurrieren britische Konzerne, wie BP, australische Monopole usw. usf.





Vor dem 24. April 1974 unterdrückten die portugiesischen Kolonialisten jede nationale Regierung der Timoresen. Die Sprache Timors, Tetum, durfte nicht gelehrt werden und wurde unterdrückt, fast die gesamte Bevölkerung konnte weder lesen noch schreiben. Die portugiesischen Kolonialisten behandelten die timoresische Kultur mit Abscheu und verachteten sie.

Die portugiesischen Kolonialisten unterdrückten die Timoresen mit brutaler Gewalt und schürten häufig Stammeskriege, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten. In den Massakern, die sie auf diese Weise anzettelten, ließen Tausende von Timoresen ihr Leben.

Nach dem Sturz des faschistischen Caetano-Regimes in Portugal nahm die Bewegung für die nationale Unabhängigkeit auch in Osttimor einen großen Aufschwung. Die Revolutionäre Front für die Unabhängigkeit Osttimors (Fretilin), die für die sofortige Unabhängigkeit Osttimors kämpfte, wurde schon nach kurzer Zeit von der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung unterstützt. Auf der anderen Seite kämpften die alten kolonialistischen Kräfte erbittert darum, ihren Einfluß zu behalten, während das faschistische Regime in Indonesien alle Anstrengungen machte, sich Osttimor einzugliedern. Mit Unterstützung sowohl der australischen Regierungen als auch der indonesischen Faschisten, versuchte in dieser Situation Mitte August, die „Demokratische Union Timors" (UDT) einen Putsch. Sie plante die Ermordung der Führer der Fretilin und besetzte im Handstreich das Politbüro, die Radiostation, den Hafen und den Flughafen der Hauptstadt Dili. Dieser Putsch allerdings wurde von der Fretilin mit der Unterstützung der Bevölkerung schnell niedergeschlagen und heute kontrolliert sie die überwiegende Mehrheit des Landes. Am 11. Oktober hat sie eine Kommission für die Überwachung und Kontrolle der Wirtschaft eingerichtet.

Angesichts dieser Lage haben die indonesischen Faschisten Osttimor offen angegriffen. Ihre Armee marschierte in Batugade, Balibo und Maliban ein, metzelte die Bevölkerung nieder, während indonesische Kriegsschiffe die Dörfer entlang der Küste beschossen. Heute kämpft die Bevölkerung von Osttimor gegen die indonesische Aggression. Trotz der Schwierigkeiten ist sie entschlossen, die Freiheit und Unabhängigkeit zu erkämpfen. Sie folgt dabei der Losung der Fretilin: „Unabhängigkeit oder Tod!"

Nordirland: Der Kampf geht weiter



Die Verbrechen und die Gewalt des britischen Imperialismus und der einheimischen Reaktionäre schüchtern das freiheitsliebende nordirische Volk nicht ein. Im Gegenteil! Es verstärkt noch mehr seinen Haß und seine Entschlossenheit, den bewaffneten Kampf fortzusetzen. So wird gemeldet, daß eine Einheit der nordirischen patriotischen Kräfte 60 km südlich von Belfast eine Bombe in ein Polizeiauto gelegt hat. Dabei wurden die Telefonzentrale eines feindlichen Postens und eine Reihe von Gebäuden zerstört. Unser Bild zeigt einen erfolgreich abgeschlossenen Angriff der nordirischen Patrioten auf eine feindliche Patrouille Ende vergangenen Jahres. Bei dieser Aktion wurden mehrere feindliche Soldaten getötet.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER!

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 und 41 Meter
16.00-16.30	32 und 41 Meter
19.00-19.30	41 und 50 Meter
2. Programm	
14.30-15.00	32 und 41 Meter
18.00-18.30	32 und 41 Meter
21.30-22.00	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
3. Programm	
6.00-6.30	41 und 50 Meter und 215 Meter (Mittelwelle)
23.00-23.30	41 und 50 Meter und 206 Meter (Mittelwelle)



RADIO PEKING

Im Winter	43,7; 42,8 und 38,5 Meter
Im Sommer	26,2 Meter
Jeweils:	19.00-20.00 und 21.00-22.00 Uhr.

32 Meter entspricht 9,26 MHz
41 Meter entspricht 7,23 MHz
50 Meter entspricht 5,95 MHz
215 Meter entspricht ca. 1 400 KHz (Mittelwelle)

Es lebe die Revolution des Proletariats!



Mit dem Sturm auf das Winterpalais wurde in der Nacht vom 7. zum 8. November 1917 der vollständige Sieg der Oktoberrevolution errungen. Erstmals wurde die Jahrtausende währende Herrschaft der Ausbeuterklasse beseitigt und die politische Macht von der Arbeiterklasse und ihren Verbündeten erobert. Ein Jahr später, am 9. November, erreichte die Revolution in Deutschland ihren Höhepunkt. Doch sie vermochte nicht zu siegen, weil ihr noch die Waffe fehlte, die das russische Proletariat zum Siege befähigt hatte: die bolschewistische Partei.



2 Fährschiffe in Skandinavien entführt

Nächtlicher Piratenakt der HADAG-Reederei

„Ingen Sejlads i Dag" – „Heute keine Schiffahrt", lasen erstaunte Passagiere morgens am Pier in Kopenhagen. Die beiden Schiffe „Malmö" und „Köbenhavn", die den Fährverkehr zwischen Malmö und Kopenhagen über den Öresund besorgt hatten, waren über Nacht verschwunden.

Nach Piratenart hatte in der Nacht zum 23. Oktober 1975 die westdeutsche Staatsreederei HADAG die zwei Fährschiffe in den skandinavischen Häfen Kopenhagen und Malmö überfallen und mit voller Fahrt voraus in Richtung Hamburg entführt.

Zwei Kapitäne, Offiziere und Mannschaften waren von der HADAG eingeflogen worden nach Schweden und Dänemark. Ungefähr zu gleicher Stunde wurden dann beide Schiffe überfallen. Die verdutzten Kapitäne wurden geweckt und samt den anderen schwedischen Seeleuten an Bord wurde ihnen das Ultimatum gestellt: Entweder mit nach Deutschland oder innerhalb von 20 Minuten von Bord. Gegen 1.10 Uhr in der Nacht liefen beide Schiffe aus, durchfuhren illegal die dänisch-schwedische Zollgrenze und nahmen Kurs auf Hamburg.

Was steckt hinter diesem ungeheuerlichen Piratenakt? Die HADAG, deren Eigner der Staat ist (99,94% gehören der Stadt Hamburg, die restlichen Anteile dem Land Niedersachsen), hatte beide Schiffe an die dänisch-schwedische Centrum Linjen verchartert, die beide Schiffe im Fährverkehr über den Öresund einsetzte. Der Centrum-Linjen stand jedoch jetzt der Konkurs bevor und die Gläubiger drohten, die beiden Schiffe als Pfand stillzulegen, bis gezahlt worden ist.

Die HADAG und ihr Aufsichtsratsvorsitzender, der Hamburger Wirtschaftssenator Kern, behaupten nun, daß es da nur rechtens gewesen sei, daß die HADAG sich ihre Schiffe wiedergeholt habe, denn es sei nicht einzusehen, warum zwei Schiffe der HADAG als Pfand für die Centrum-Linjen herhalten sollen. Wirtschaftssenator Kern: „Die HADAG hat nur ihr Eigentum gesichert"; „Prinzipiell halte ich die Aktion für richtig."



Das Bild zeigt die „Malmö", eines von der HADAG-Reederei nach Piratenart in Skandinavien entführten Schiffe, beim Einlaufen in den Hafen von Kiel-Holtenau.

Doch was sich da so einleuchtend anhört, hat einen entscheidenden Haken: Die Centrum-Linjen, wegen deren Konkurs die zwei Schiffe gepfändet werden sollten, ist nichts anderes als eine Tochtergesellschaft der staatlichen HADAG-Reederei. Das heißt, die HADAG-Schiffe wurden gewaltsam entführt, um sie von der Konkursmasse der Tochtergesellschaft zu rauben. Die Gläubiger in Schweden aber sollen in die Röhre gucken.

Jeder Bauer, der gezwungen wird, Konkurs anzumelden, wird schwerstens bestraft, wenn er zuvor noch ein oder zwei Maschinen beiseite zu schaffen versucht. Doch bei einer Staatsreederei, da ist das dann plötzlich „prinzipiell richtig".

In der skandinavischen Öffentlichkeit hat dieses Vorgehen der westdeutschen Staatsreederei einen Sturm der Entrüstung ausgelöst. Die schwedische Seeleutegewerkschaft entlarvte dieses Vorgehen als Gangstertum, denn für 200 dänische und schwedische Seeleute bedeutet der Raub dieser Schiffe, daß sie buchstäblich über Nacht ihre Arbeit verloren haben. Die Zeitungen in Skandinavien sprachen offen von Seeräuberpraxis und Piraterie.

Das Vorgehen der staatlichen HADAG reiht sich ein in die Seeräuberei, die die westdeutschen Monopole in Islands Gewässer betreiben, und es zeigt, daß der kapitalistische Staatsapparat – nicht anders als die Monopole der Abs, Thyssen und Oetker, ein imperialistischer Ausbeuter und Plünderer ist, ein Sachverwalter des Monopolkapitals, der keine noch so kriminelle Methode scheut, um die Profite zu sichern.

Kartoffeln um 60 % teurer als im Vorjahr!

Ob im Gespräch mit den Kollegen im Betrieb oder mit den Nachbarn zu Hause – bei vielen rückte in den letzten Wochen ein Thema in den Vordergrund: die Kartoffeln.

Viele Hausfrauen, die jetzt Kartoffeln für den Winter einkellern, waren zuerst erschrocken und dann empört: Um 60% sind die Kartoffeln in diesem Herbst teurer als im Vorjahr. Bis zu 25 DM kostet der Zentner. Und das, obwohl die Kartoffeln in diesem Jahr keine gute Qualität haben und kleiner sind als im letzten Jahr.

Ein Grund für diese hohen Preise ist der sinkende Kartoffelanbau. In den letzten Jahren, vor allem, wenn es eine gute Ernte gegeben hatte, bekamen die Bauern von Großhändlern Preise durch Abnahmeverträge diktiert, für die es sich kaum lohnte, die Kartoffeln aus der Erde zu holen. Nicht wenige Bauern pflügten ihre Ernte kurzerhand unter und verringerten ihren Kartoffelanbau. Denn gerade die kleinen und mittleren Bauern können es angesichts der lastenden Hypotheken, die sie vielfach aufnehmen mußten, um sich Maschinen anschaffen zu können, angesichts der unverschämten Preissteigerungen für Düngemittel und Viehfutter nicht leisten, Anbau zu treiben, der sie in die roten Zahlen bringt. Zudem ist in diesem Jahr die Kartoffelernte in vielen Gebieten schlecht gewesen, so daß das Angebot insgesamt geringer ist und die Preise insbesondere durch den Großhandel in die Höhe getrieben worden sind.

Wie grundlegend anders das im Sozialismus ist, zeigt das Beispiel der Volksrepublik China, wo der Reis so wie bei uns die Kartoffel ein Grundnahrungsmittel ist: Dort ist der Preis für Reis seit mehr als zehn Jahren stabil geblieben.

Bestellt das Zentralorgan der KPD/ML

An den
Verlag G. Schubert
46 Dortmund 30
Postfach 30 05 26

ROTER MORGEN

hiermit bestelle ich

A) Probenummer ☐ B) Abonnement ab Nr.....

Ich möchte Informationsmaterial ☐ Ich möchte besucht werden ☐

Name, Vorname............

Beruf............

Postleitzahl/Ort............

Straße............
(Bitte in Blockschrift ausfüllen)

Datum............ Unterschrift............

Das Abonnement kostet für ein Jahr 30,– DM. Dieser Betrag ist auf das Postscheckkonto Dortmund 417 06 – 466 oder auf das Bankkonto bei der Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 – 393 zu überweisen. 45/75

Parteibüros der KPD/ML

Zentrales Büro und Landesverband (LV) NRW
Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92, Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

LV Wasserkante
Hamburg, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/43 99 137. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen
Hannover, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di und Do 16.30-19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest
Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621 / 37 67 44. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg
Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

LV Bayern
München 2, Buchladen „Roter Morgen", Thalkirchner Str. 19, Tel.: 089 / 77 51 79. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin
Wedding (65), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 46 52 807. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

weitere Parteibüros:

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Öffnungszeiten: Mo., Do. und Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Bochum, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 17.30-19, Sa. 10-13 Uhr.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70, Öffnungszeiten: Mi. und Fr. 16-19, Sa. 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16-18.30, Sa. 10-13 Uhr.

Kiel, „Thälmann-Buchladen", Reeperbahn 13, Tel.: 0431 / 74 762, Öffnungszeiten: Mo.-Fr.: 15-18.30 Sa. 9-13 Uhr.

Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b, Öffnungszeiten: Di. und Do. 17-19, Sa. 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Marlesgrube 58, Öffnungszeiten: Mo., Mi. und Fr. 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Bremer Platz 16, Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 11-14 Uhr.

– Anzeige –

NEUERSCHEINUNG



32 Seiten – Preis 1,50 DM
Bestellungen an:
ROTE HILFE DEUTSCHLANDS
46 Dortmund, Dorstfelder Hellweg 22

– Anzeige –

VERLAG FÜR FREMDSPRACHIGE LITERATUR PEKING



137 Seiten – Preis 2,10 DM
Bestellungen an:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49
PSchKto Hmb 1935 72-207